

# Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: pro Jahr monatlich 2,40 Mark, durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Berthelstraße 14. Fernruf: 210 45 (9 Ld.), 210 47 (Berlag).

Mit der illustrierten Arbeiter-Zeitung  
**Der rote Stern**

Einzelnummer: 15 Pf. für den nam. Höhe und Größe; 1 Mt. im Zeitl. Kaufleute: Krebholz des Saaltalles Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle; Volksbank; Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft GmbH, Halle, Berthelstraße 14.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Mittwoch, 15. April 1931

11. Jahrgang Nr. 87

## Die IG-Farben-Industrie der Produktions-Sabotage überführt!

Die Leuna-Kapitalisten mit amerikanischem Gelde gekauft — Einschränkung der Produktion und trotzdem Riesengewinne!

Halle, den 15. April.

Durch die Handelszeitungen geht unter der Überschrift „Leuna-Patente und Farbengewinne“ ein Artikel, der größte Aufmerksamkeit aller Arbeiter, und besonders der Leuna-Arbeiter, verdient. Es handelt sich um die Verträge, die von der IG-Farbenindustrie mit der Standard Oil Co., dem amerikanischen Ölkonzern, abgeschlossen worden sind und in deren Folge die größtmögliche Sabotage in der chemischen Industrie der Standard Oil Co. mit der IG-Farbenindustrie auf Europa zum Gegenstand. Zur Durchführung der Zusammenarbeit ist eine besondere Gesellschaft, die International Hydrogenation Co. gegründet worden. Es handelt sich um die Verschärfung des Hydrierverfahrens der IG-Farbenindustrie, durch das es möglich geworden ist, verflüssigte Kohle, Schieferasche, Kohlenteeer und Rohöl fast hundertprozentig in hochwertige Produkte zu verwandeln.

Aus diesen Verträgen haben die Farbkönige bisher schon Gewinne gemacht, die so groß sind, daß die Verwaltung es bisher nicht einmal gewagt hat, den Aktionären der IG-Farbenindustrie darüber Auskunft zu erteilen.

Jetzt steht jedenfalls, daß in den Verträgen mit der Standard Oil Co. auch der Umfang bestimmt ist, in dem in den IG-Betrieben — in erster Linie im Leuna-Werk — synthetisches Benzin hergestellt wird.

Von dem Geheimrat Bösch ist vor dem Enquete-Ausschuß offen ausgesprochen worden, daß die IG-Farben sich mit der Standard Oil Co. geeinigt habe, „weil es jahrelanger Arbeit bedürftig hätte, um mit Sicherheit zu entscheiden, bis zu welcher Grenze man konkurrenzfähig sein würde. Der finanzielle Aufwand im Kampf gegen die großen Petroleumgesellschaften wäre unabsehbar gewesen“.

Welches sind die Folgen dieser Einigung für die Kapitalisten der IG-Farbenindustrie, für die Leuna-Arbeiter? Die Farbkapitalisten, die Leuna-Kapitalisten bekommen ihren ungeheuren Profit durch das amerikanische Frakturkapital, die Standard Oil Co., garantiert. Sie haben nur eine Bedingung zu erfüllen

die Eigenproduktion an synthetischem Benzin immer mehr in den Hintergrund treten zu lassen.

Was das für die Arbeiter, insbesondere die Leuna-Arbeiter, bedeutet? Immer weitere Betriebsstilllegungen, immer weitere Massenentlassungen, neben den Massenentlassungen infolge der fortschreitenden Rationalisierung in den Betrieben.

Die Leuna-Arbeiter, die IG-Gewaltigen sind des Verbrechens der Produktions-Sabotage überführt. Sie schränken die Produktion an synthetischem Benzin bis auf ein Minimum ein, damit die Standard Oil ihr Petroleum auch in Deutschland in größerem Umfang los wird. Sie lassen die Produktionsstätten zum großen Teile ungenutzt. Sie verurteilen die Proleten, die Arbeiter und Angestellten durch direkten Lohnabbau, durch die betrügerische Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich, vor allem aber durch Massenentlassungen zum Hungern.

Diese vom amerikanischen Kapital gekauften Bande von Verbrechern am deutschen Proletariat und am deutschen Volk sieht, daß die Arbeiter unter dem Banner der revolutionären Gewerkschaftsopposition, der RSD, sich sammeln zum Kampf.

Die Kapitalistenbande und die ihre feile Presse wollen die Welt glauben machen, daß revolutionäre Arbeiter ebenso käuflich wären wie sie selber, daß sie gegen Geld dem proletarischen Vaterland irgendeine Dienste leisten würden. Die unerhörtesten Dinge werden über „Rekognition“ in den höchsten Farbwerten der IG zusammengeklappt.

In unerschütterlicher, verlogener Weise werden diese Dinge mit der RSD in Zusammenhang gebracht, um sie bei den Massen in Mißacht zu bringen, nur um Verlockungen zu schaffen, um den Massen der IG-Arbeiter die Führer im Kampfe gegen die IG-Könige zu nehmen.

Vergebliches Bemühen. Die Arbeiter verstehen sehr wohl, und sie sehen es an dem Beispiel der Produktions-Sabotage durch die IG-Farben, daß das kapitalistische Eigentum zu einer Garantie, einer Fessel der Produktion geworden ist. Der Aufbau der sozialistischen Industrie macht riesenhafte Fortschritte allein deshalb, weil diese Schranke niedergelegt, weil diese Fessel gesprengt wurde. Allein deshalb macht insbesondere die sozialistische Delindrie gewaltige Fortschritte, allein deshalb war es den Delarbitern möglich, den Fünfjahresplan in 2 1/2 Jahren zu erfüllen.

Die deutschen Arbeiter werden weiterhin mit aller Kraft ihren russischen Vätern beim Aufbau der sozialistischen Industrie helfen. Die deutschen Arbeiter und insbesondere die Chemieproleten werden durch keinerlei Siege sich trennen lassen von ihrer Führerin, der

RSD und der RPD. Sie werden den Kampf aufnehmen gegen die IG-Farbenkönige, gegen diese vom amerikanischen Kapital gekauften Kapitalistenbande, die, weil es für sie bequemer ist, die Produktionsstätten still legt, die Proleten auf das Straßenpflaster wirft.

Streik unter Führung der RSD gegen die Massenentlassungen, für Lohnausgleich, für den Lohnausgleich für die bereits erfolgten Arbeitszeitverkürzungen, das ist die Parole.

### Wer kliebt den deutschen Arbeitern das Brot?

Als die erbärmlichsten Knechte des Finanzkapitals in Deutschland, das in der IG-Farbenindustrie verkörpert ist, zeigen sich wiederum Nazis und Sozialdemokraten. Beide schreien über kommunistische Verführung. Wenn zwischen

beiden ein Unterschied besteht, so nur der, daß die SPD noch um Vieles knechtischer und schimpflicher sich benimmt.

Während das hallische Naziblatt in frecher Weise seine Montagnummer mit der Schlagzeile „Kommunistische Verführung im Rahmen des Fünfjahresplanes“ überschreibt und im übrigen sich darauf beschränkt, die verlogenen Meldungen der bürgerlichen Nachrichtenbüros abzuhandeln, bekommt das „Volkswacht“, das ebenfalls über „kommunistische Verführung“ zittert, es fertig, von einer schweren Schädigung der deutschen Arbeiter-„Kraft“ zu schwärzen. Das sozialdemokratische Blatt in Frankfurt am Main wird zitiert:

„So wird deutschen Arbeitern Arbeit und Brot geklopft.“ Wir haben heute durch die Feststellung, daß die IG-Farbenkönige sich des gemeinen Verbrechens der Produktions-Sabotage schuldig gemacht haben und weiter schuldig machen, bemerkt,

werden deutschen Arbeitern, wer den Chemieproleten Arbeit und Brot klopft. Die kapitalistische Ausbeuterordnung ist es und vor allem ihre ersten Nutznießer, die IG-Farbenkönige.

Nazis und SPD, das zeigt ihr Wesen über die „Verführung“ und ihr Schmeißen über die Verbrechen der IG-Farbenkönige, sind nichts anderes als die elenden Hüter der kapitalistischen Ausbeuterordnung. Schimpf und Schande über sie! Jeder ehrliche Arbeiter muß ihnen den Rücken kehren, jeder Arbeiter gehört in die rote Klassenfront.

Kampf gegen das kapitalistische Ausbeuterregime, das für die Arbeiter weiter nichts bedeutet als den Hunger! Kampf für den Sozialismus, der allein den Arbeitern und allen Werktätigen Arbeit und Brot geben kann!

Als Antwort auf die unerhörte Siege der Lakaien des Finanzkapitals: Chemieproleten, reißt hinein in die RSD, hinein in die RPD! In jedes Arbeiterhaus eure Zeitung, der „Klassenkampf“!

## Monarchie in Spanien gestürzt!

Bürgerlich-sozialdemokratische Koalition — Das erste Dekret: „Ruhe und Ordnung“ — Die Arbeiter verlassen die Betriebe — Massendemonstrationen unter roten Fahnen

Madrid, 14. April. (Eig. Meldung.) König Alfons von Spanien hat heute Abend für sich und seine Familie abgedankt. Die offizielle Proklamierung der Republik steht bevor. Die bisherige Regierung des Admirals Ugarte hat einer provisorischen republikanischen Regierung Platz gemacht. Die neue Regierung besteht aus bürgerlichen Republikanern und Sozialdemokraten. Vier Ministerien werden mit sozialdemokratischen Führern besetzt. Die entscheidenden Regierungsposten (Ministerpräsident, Innenministerium, Außenministerium und Kriegsministerium) behält die republikanische Bourgeoisie für selbst vor. Ministerpräsident der provisorischen Regierung ist der Bourgeoisrepublikaner Alcalá Zamora. Das erste Dekret der neuen Regierung enthält die Ankündigung, daß sie vor allem Mittel zurückzuführen werde, um die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und das Leben der königlichen Familie zu sichern.

Der Sturz der Monarchie hat das verkaufte Gesicht der Monarchie in Spanien hinweggekehrt. Unter dem Vorwand der RSD, den 1. Mai durch Massenstreik und Massendemonstrationen gegen Schmarozk und faschistische Diktatur zu begehen, die „roten Tage“ der RSD vom 15. April bis 1. Mai und der Sturmplan der RSD müssen der Wut zum Maltsch sein.

Die streikenden Bauarbeiter in Weihenstephan begreifen den Aufbruch der hallischen Frontkämpfer der RSD und der RPD, den 1. Mai durch Massenstreik und Massendemonstrationen gegen Schmarozk und faschistische Diktatur zu begehen. Die „roten Tage“ der RSD vom 15. April bis 1. Mai und der Sturmplan der RSD müssen der Wut zum Maltsch sein.

Die Streikversammlung der Bauarbeiter wählte mehrere streikende Bauarbeiter in den Weihenstephan-Ausschuß. Der Streik der Bauarbeiter wird weiter geführt unter Führung der RSD.

Die Kollegen vom Bau treten am 1. Mai, morgens 8 Uhr, im „Tivol“ zur Massenkundgebung an.

Der Sozialdemokratie fällt in dieser Situation die Aufgabe zu, den revolutionären Kampfwillen der Massen zu brechen. Die spanische Sozialdemokratie hat in dieser Hinsicht bereits ihre blühenden Erfahrungen. Sie war eine tatkraftige Stütze Primo de Riveras. Sie war in seiner Regierung vertreten. Sie hat sich mitverantwortlich gemacht für die hundertprozentige Niederlage der revolutionären Arbeiterkraft. Sie wird auch in der Republik erst recht ihren Traditionen aus den Zeiten Riveras alle Ehre machen.

Unter den Bedingungen der wachsenden Krise vollzieht sich in Spanien nach dem Sturz der Monarchie langsam ein grundlegendes Frontwechsel. Die Alternative „Monarchie oder Sozialismus“ enthält ihren wahren Sinn, indem sie sich vermindert in die Kampflösung des revolutionären Proletariats: Nieder mit dem reaktionären Regime der Ausbeutung und des Schmarozk! Es lebe die Arbeiter- und Bauernregierung!

### Weihenstephaner Bauarbeiter für RSD

(Eig. Meldung.) Weihenstephan, 15. April.

In einer überfüllten Streikversammlung, in der auch viele Kollegen vom HSB amwesend waren, wurden die Ausführungen des RSD-Vertreters mit großem Beifall aufgenommen und in der Diskussion der Führung der RSD das Vertrauen ausgesprochen sowie die Weiterführung des Kampfes unter allen Umständen beschlossen.

# Der Futterkrippenkampf um Preußen

Legt den Volksbegehren das Handwerk!

Halle, den 15. April.  
Das Volksbegehren zur Auflösung des Preussischen Landtages hat im Stahlbezirk Halle bis gestern zweifelslos bei den Eintragungen einen bestimmten Erfolg zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der Eintragungen soll sich nach amtlichen Mitteilungen auf 27.517 belaufen. Wie wir bereits am Montag schreiben, ist das eine gegenüber den sonstigen, schlechten Ergebnissen im Reich ungewöhnlich mächtig hohe Zahl. Wenn auch berücksichtigt werden muß, daß die Reichsvereine der Fachleute, ihre Organisationen und Verbände, in wenigen Tagen erschöpft sein werden, und ein Großteil des Volksbegehrens nach wie vor sehr fraglich ist, so deutet diese angenehme Tatsache doch schon jetzt eine sehr ernste Katastrophe an. Es handelt sich darum, daß in weiten Kreisen jener Schichten, die wir zu unserem Kampf gegen den Faschismus gewinnen wollen, noch keine Klarheit darüber herrscht, welche Stellung sie jetzt einnehmen sollen. Kommen doch sogar Arbeiter zu uns und fragen, ob sie sich in die Listen einschreiben sollen, da es sich doch um einen Kampf gegen die sozialdemokratische Koalitionsregierung in Preußen handelt.

Um was geht es bei diesem „Volksbegehren“, bei diesem „Kampf“ zwischen Stahlhelm-Halantreu-Faschismus und der ihm feindlichen Ministerliste verteidigten Sozialdemokratie? Geht es um diesen Kampf um die Lebensinteressen der werktätigen Massen? Geht es um die Interessen der Arbeiterklasse? Dieser Kampf ist nicht ein Kampf zwischen der Arbeiterklasse und dem Faschismus. Er ist ein Konflikt zwischen dem faschistischen und sozialfaschistischen Kataklysmen der Bourgeoisie um die Eroberung oder Vertreibung von Ministerposten und Staatsämtern.

Stahlhelm und Nationalsozialisten begehren die Preußenregierung, „marxistisch“ Politik zu treiben. Aber die Politik der sozialdemokratischen zentralistischen Preußenregierung hat noch niemals etwas mit Marxismus und Arbeiterpolitik zu tun gehabt. Im Gegenteil: in all den Jahren seit der Novemberrevolution war Preußen der härteste Hort der faschistischen Reaktion, wie es heute die zuverlässigste Stütze der deutschen Reaktion ist. Durch selbständige Regierungsgeschicklichkeiten oder durch seinen Einfluß im Reichsrat — in jedem Falle hat sich Preußen als ein Instrument der kapitalistischen Hunger- und Unterdrückungspolitik, als Bollwerk gegen den Freiheitskampf der werktätigen Massen, „benähmt“. Nicht umsonst genossen die Otto Braun und Seegering, die Erzzeitschrift und Jürgel das volle Vertrauen der ausschlaggebenden Teile der Bourgeoisie.

Wenn Erzzeitschrift das Bundesorgan des Stahlhelms vertritt, dann haben die Arbeiter nicht vergessen, daß er noch vor allem den Aufgabendruck des Stahlhelms verkörpert und gleichzeitig alle proletarischen Kundgebungen und Demonstrationen verbietet. Sie haben auch nicht vergessen, daß Seegering den Plänen Frontantipferdung vorzuziehen, das Reichsamt für den Wohnungswesen während Otto Braun und gleichzeitig das Stahlhelmsverbot für Kleinrenten-Besitzer aufhob. Erst neuerdings hat sich der Sozialdemokrat Seegering getraut, einer der ärgsten Einzelstücke des faschistischen Gesetzgebungs gegen die werktätigen Volksmassen gewesen zu sein.

Die Arbeiterklasse wird weder zulassen, daß Preußen eine Domäne des Halantreu-Faschismus und Stahlhelms faschistischen Ministeriums in reaktionären Preußen auch nur einen Finger rühren. Die hungernden, ausgebeuteten und verachteten Volksmassen kämpfen für ein wirkliches rotes Preußen, in dem kein Mann sich weder für einen Arbeiter, Soldat und Jugendgenosse, noch für einen Otto Braun, Seegering und Erzzeitschrift.

Dieser Kampf führt einzig und allein die Kommunistische Partei durch ihre rote Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung. Kein Wehrkämpfer darf sich durch die heuchlerischen Worten der Faschisten für ihre reaktionäre und volksfeindliche Aktion missbrauchen lassen. Kein Wehrkämpfer wird sich durch die „antifaschistischen“ Scheingeschichte der sozialdemokratischen Steigbügelhalter des Faschismus täuschen und noch wirklich antifaschistischen Kampf abhalten lassen. Die werktätigen Volksmassen in Stadt und Land sammeln sich in der Front der roten antifaschistischen Volksaktion für den Kampf um ein sozialistisches Preußen in Sowjetdeutschland.

## Warm im Bergbau!

Bezirkskonferenz am Sonntag in Halle

Halle, den 15. April.  
Den mitteldeutschen Bergarbeitern droht ein neuer Lohnraub. Mit Hilfe der sozialfaschistischen Gewerkschaftsführer, die wichtigsten Stützen des Unternehmens, soll dieser Plan durchgeführt werden. Im letzteren Verlaufe die „Einheit“ mit bewährten konfrontativen Methoden, die Bergarbeiter einzujagen. Während sie auf der einen Seite in radikalen Tönen den Kampf gegen die neue Lohnrauboffensive propagieren, kündigen sie auf der anderen Seite zwei große Bergarbeiterverammlungen an, wo sie sich treffen werden.

Durch Massenbesuch müssen die Bergarbeiter besinnen, daß eine „Erhöhung der Arbeitszeit im Bergbau dringender erforderlich ist.“

Es wird also die Frage aus dem End gelassen. Der Kampf gegen die Lohnrauboffensive der Reformisten steht so aus, daß eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich durchzuführen wollen.

Vor einigen Tagen veröffentlichten wir ein Rundschreiben zur Leistungsleistung des BVB, in welchem die grundsätzliche Forderung zu dem neuen Lohnraub durch den Bergbau Widerstand und die Verbesserung an der Vertrauenskonferenz mitbestimmen, enthalten ist.

Am Montag, dem 13. April haben wiederum Verhandlungen zwischen den Massen und den Unternehmern stattgefunden. Am Sonntag soll nun wieder eine zusammenfassende Konferenz unter Anshandel perfekt machen.

Es darf nicht in allen Betrieben zu dieser Lage Stellung genommen werden. Fordert in allen Verammlungen Referenten der BVB an. Delegierte und die roten Betriebsräte zur Bezirkskonferenz für den Bergbau, die am Sonntag, dem 17. April, vormittags 10 Uhr, in Halle, Dergeshofstraße 14 stattfinden.

Kampf gegen die Lohnrauboffensive und Streikbewegungen

# Bauarbeiterstreik geht weiter!

Bauarbeiter begrüßen die Gründung des Einheitsverbandes für das Baugewerbe in Halle  
Ueberfüllte Streikversammlung der BVB — Die sozialfaschistische Schmach in Berlin — Weiterkämpfen!

Halle, den 14. April.  
Heute morgen fand eine überfüllte Streikversammlung der Bauarbeiter in Halle statt. Einleitend gab Genosse Jöllner den Bericht über den geistigen Verlauf der BVB-Verammlung, aus der der Einheitsverband für das Baugewerbe in Halle zu gründen. Der Bericht wurde von der Versammlung mit Beifall aufgenommen.

Dann ergriß der Führer der sozialistischen Proletariats, Genosse Wilhelm Koenen, das Wort. Er führte u. a. aus: „Genossen und Kollegen! Seitdem wir einen solchen Streik nicht mehr erlebt. Wir müssen uns an das Jahr 1927 zurückdrehen, wenn wir uns an die damaligen Streikversammlungen erinnern wollen. Der Kampf der Bauarbeiter unter Führung der BVB ist eine Wendung und ein Durchbruch in der Gewerkschaftsbewegung der Bauarbeiter in Halle.“

„Gestern hat der Bauarbeiterverband durch den Bund der Sozialistischen Bauern seinen Eintritt als Gewerkschaft erklärt. Das ist uns nicht neu. Schon in den letzten Jahren entwickelte sich der BVB von einer Gewerkschaft zu einer gelben Unternehmerorganisation. Die Sozialfaschisten wollen keine Streiks mehr. Die Interessen der Unternehmer vertragen das nicht mehr.“

In Berlin haben die Unternehmer bereits eine Notiz durch die bürgerliche Presse geschickt, daß von den Bauunternehmern nur noch die Mitglieder rechtlicher Gewerkschaften, des Bau-Gewerkschaftsbundes und des Zentralverbandes der Zimmerer eingestellt werden dürfen. Die Unternehmer sollen sich das Verbandsbuch zeigen lassen. Die Bauarbeiter, die nicht Tariforganisationen angehören, sollen nicht eingestellt werden.

Zugleich appellieren die Unternehmer an diese Verbandsleitungen, nun doch möglichst bald den Frieden auf den Baustellen wieder herzustellen.

## Unter der Knute der Diktatur-Berordnung

Die Organisationen des revolutionären Proletariats sollen legal „erstickt“ werden — Organisiert die Massenabwehr gegen die Polizeiwilddie

(Eig. Drahtm.) Berlin, 15. April  
Einen unerhörten Ueberfall erlaubte sich die sozialdemokratische Polizei gegen Halle, indem sie eine Funktionärskonferenz des BVB und der Jugend der proletarischen Massenorganisationen in den Polizeirevier. Man hat es sich um eine gefühllose Funktionärskonferenz handelte, die nach der tatsächlichen Notverordnung nicht annehmbar ist, wurde sie in letzter Minute, ohne daß dem Kommunistischen Jugendverband Mitteilung gemacht wurde, von der Polizei auf Grund dieser Notverordnung verboten und bei der Eröffnung mit brutaler Polizeigewalt auseinandergejagt.

Weiß alle Uebergriffe der Polizei energisch zurück!

Halle, den 15. April.  
Die Mittelenberger Polizei verlangte bei der Anmeldung einer politischen Versammlung die gleichzeitige Angabe des Namens, Geburtsortes, Wohnorts und Berufs des Referenten. Außerdem soll angegeben werden, ob der Referent Abgeordneter ist oder nicht.  
Die gleiche Meldung kommt aus Bitterfeld anlässlich der Anmeldung der Arbeiter-Demonstration. Man hat es sich um eine Versammlung der Polizei in Halle anlässlich der Arbeit, wie uns gemeldet wird, die Angabe des Namens des Referenten bei der Anmeldung der Versammlung. Sicherlich werden auch in anderen Orten des Bezirks derartige Forderungen gestellt werden.  
Wir stellen hiermit fest, daß die Praxis der Polizeibehörden einen unerhörten Uebergriff auf die Bewegung darstellt, die ihr durch die Diktatur-Berordnung gegeben worden sind. Auf Grund dieser Berordnung müssen zwar Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel, spätestens 24 Stunden vorher

Damit dokumentieren die Unternehmer, daß ihre Interessen durch den BVB und den BZV vollkommen verletzt werden. Sie verraten aber auch die blasse Furcht vor den entsetzlichen roten Verbänden, den Kampfgewerkschaften der BVB.

Jetzt mit allen Kräften heran an die Witterausdehnung des Streiks und an den Aufbau der Organisation. Kein Kollege darf tatenlos beiseitegehen und warten, daß die Leitung alles allein macht. Ihr seid der Verband, eure Organisation wird aufgebaut, euer Kampf wird geführt.

Mit diesem Bewußtsein werden die hallischen Bauarbeiter die Unternehmer auf die Knie zwingen (Stützpunkt Beifall).

In der Distriktsion sprachen sich alle Kollegen für die Taktik der BVB, für die Fortsetzung des Streiks, für die Organisation des roten Einheitsverbandes aus.

Nur der Vorliegende vom Industrieverband, Krüger, hielt eine äußerst miesmädlerische Rede, in der er zum Schluß auftrabte, die Delegation des roten Einheitsverbandes zu warten, bis die Delegation des Industrieverbandes aus Moskau zurückkäme. Er wurde häufig durch ironische Zwischenrufe unterbrochen. Die Versammlung fragte ihn wiederholt, ob auch der Kampf bis dahin vertagt werden solle.

Im Schlußwort rief der Genosse Dolgner den Bogen zum Industrieverband die arbeitereindliche Laree vom Gesicht. Genosse Dolgner fordert die Berammelten auf, genau so entschlossen wie die Bogen der freien und gelben Gewerkschaften auf die Bogen des Industrieverbandes zu betampfen, ihren Einfluß auf die Bauarbeiter zu liquidieren und ihre Mitglieder in die Streikfront zu den roten Einheitsverband einzubringen. (Stützpunkt Beifall und langanhaltender Beifall der Berammelten.)

Alle Kollegen, die auf Anwendung des Baugeverksbundes für 1,16 März angesetzt werden aufgefördert, die Arbeit niedrigerlegen. Die Streikenden betrachten sie sonst als Streikbrecher.

unter Angabe des Ortes, der Zeit und des Verhandlungsgegenstandes der Ortspolizeibehörde angemeldet werden.

Wer kein Wort ist erwidert von der gleichzeitigen Anmeldung des Referenten oder gar keine Geburtsort angeben.

Wir machen alle Genossen auf diese Tatsachen aufmerksam. Weist solche Zumutungen der Polizeibehörde energisch zurück!

In immer härteren Form wird auch die Berlinerische Notverordnung unter Verstoß auf die ihr inapproprierenden Massenorganisationen in Anwendung gebracht. Bei der kommunistischen Reichsstadtstrategie werden täglich Protestresolutionen von Betrieben und Arbeiterorganisationen gegen die Notverordnungen und die daraus entspringenden unerhörten Uebergriffe der Polizei ein. Es ist ganz klar, daß die hiesige Anwendung der Notverordnung kommen wird und kommen muß, wenn nicht der härteste Widerstand der breiten Massen in Stadt und Land erfolgt. Innerhalb dieser Massen in Halle und der Böhme, zur Entfaltung der Massenbewegungen, Unterstützung und anderer Zwecke der Sozialverwirklichung benutzt werden sollen. Die Polizeibehörden gegen proletarische Verammlungen, gegen Demonstrationen, Presseergebnisse sollen nur dazu dienen, den Widerstand schon von vornherein zu brechen.

Deswegen müssen die obigen Ereignisse ein Signal sein, eine Massenmobilisierung in Stadt und Land durchzuführen, überall sofort Massendemonstrationen zu geben und somit durch die Volksaktion gegen Faschismus und Preußenregierung den Kampf um Brot und Freiheit unerbittlich zu führen.

## Der sozialfaschistische Verrat in Berlin

Hand in Hand mit der Polizei Streikbruch erzwingen

(Eig. Drahtm.) Berlin, 15. April.  
Der Dolchstoß der Führer der reformistischen Gewerkschaften gegen den Bauarbeiterstreik ist in Berlin gelungen. Der Bauarbeiterstreik ist abgebrochen. Der Kampf wird nunmehr nur gegen Maßregelungen revolutionärer Bauarbeiter auf 17 Baustellen geführt.

Der gestrige Tag, der Tag der Wiederaufnahme der Arbeit auf

## Die Antwort an die Verräter

300 Bochumer Bauarbeiter treten auf den ersten Anruf dem Einheitsverband für das Baugewerbe bei

In Bochum fand eine Gründungsverammlung des „Einheitsverbandes für das Baugewerbe“ statt. Ueber 200 Bauarbeiter lauschten gespannt den Ausführungen des Referenten. Jeder anwesende Bauarbeiter erklärte die Notwendigkeit, jetzt endlich von diesen Streikbrechergewerkschaften abzurufen und sich dem BVB, der im Feuer des Kampfes geschaffen wurde, anzuschließen. Zehn Uebertritte aus den christlichen und reformistischen Gewerkschaften, sowie 30 Neuaufnahmen wurden nach der vorausgegangenen Gründung des Einheitsverbandes für das Baugewerbe getätigt.

Christliche und reformistische Gewerkschaftler sagten sich öffentlich von den Arbeiterevertreten los und erklärten ihren sofortigen Austritt aus dem Einheitsverband für das Baugewerbe. Heute, drei Tage nach der Gründung, zählt der BVB bereits ansehend 300 Mitglieder.

den Baustellen, zeigte ein Bild, das jeder Bauarbeiter Arbeiter hier beschäme und für die gelamte. Die Arbeiterbewegung empfinden muß. Die Bauarbeiter der reformistischen Baugewerkschaften haben auf Anwendung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie stand zu halten. Die Unternehmern die revolutionären Gewerkschaften von den Baustellen getrieben und gemacht. Es versteht sich von selbst, daß die Polizei des sozialdemokratischen Regimes nicht mehr Zeit gegen die revolutionären Bauarbeiter streift.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer aus der Polizei-BVB, diese Anklage der Brüning-Diktatur, haben als offene gelbe Streikbrecherorganisationen.

Der gestrige Tag hat zugleich den klaffenbewussten Berliner Bauarbeitern die Augen über den Kaiser-Verband geöffnet. Dieser hat geheime Direktiven erteilt, wonach die Mitglieder des Industrieverbandes die Arbeit aufnehmen sollen, auch wenn qualifizierte Kollegen gemahrigt werden. Ein Teil der Arbeiter hat sich nach dieser Direktive verhalten. Viele Mitglieder des Industrieverbandes haben aber ihren Mann gehalten. Sie kämpfen zusammen mit ihren Kameraden aus dem Einheitsverband für das Baugewerbe.

## Berlins Finanzdiktator gewählt

(Eig. Drahtm.) Berlin, 15. April.  
In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung wurde der Reichsrat mit Hilfe der SPD vom Oberbürgermeister Berlins gewählt. Sachm wurde von Seegering mit unerschütterlichem Willen zur Ausplünderung des werktätigen Berliner Ausgeriffen. Die SPD ging mit der Volkspartei, der Partei des Stahlhelms, des Volksbegehrens, der Partei des Lohnabbaus, der Partei der Schwerindustrie, ein schmähliches Wahlbündnis, das sich gegen das rote Berlin richtet ein. Die SPD-Liste zur Wahl, die durch den Vermerk, dass die SPD-Liste in der Wahl mit der Volkspartei, der Partei des Stahlhelms, des Volksbegehrens, der Partei der Schwerindustrie nicht verbunden.

# Revolutionärer Volkssturm in Spanien

## Gewaltige Massenkundgebungen im ganzen Lande — Polizeitruppen verbrüdern sich mit den Massen — Die Vorgeschichte der Abdankung der Monarchie

Madrid, 14. April. (Eig. Meldung.) Der Sturz der Monarchie hat im ganzen Lande einen Sturm der Begeisterung ausgelöst. Madrid und Barcelona, Valencia und Cordoba, Saragossa und Gádiz, alle Städte und Dörfer sehen im Zeichen gewaltiger Massenkundgebungen. Endlose Rüge von Studenten und Arbeitern, Kleinbürgern und Intellektuellen bewegen sich durch die Straßen. Die rote Fahne wetteifert mit den rotgelb-violetten Farben der Republikaner. Alle Betriebe sind mehr oder weniger lahmgelegt. Die Arbeiter strömen auf die Straßen um zu demonstrieren.

Im ganzen Lande herrscht eine fieberhafte Erregung. Alle Städte sind von Massendemonstrationen überflutet. Die Arbeiter verlassen in Scharen die Fabriken, um unter roten Fahnen zu demonstrieren. In Madrid und in den größeren Industriestädten, vor allem in Barcelona, laucht die republikanische Flagge unter im Meer der roten Fahnen.

Dem Rücktritt des Königs ging die Proklamierung der Republik in vielen Städten, u. a. in Barcelona, Saragossa, Valencia usw., voraus. Unter dem Druck der Ereignisse in der Provinz blieben den republikanischen Führern in Madrid nichts anderes übrig, als aus ihrer unentschiedenen Haltung herauszutreten und ebenfalls eine provisorische Regierung zu bilden. Erst die vollzogene Tatsache veranlaßte die Regierung Aznar, dem König die Abdankung nahezu legen. Es gab für die Monarchisten überdies keinen anderen Ausweg angedeutet der Tatsache, daß die Truppe sich offen vom Königtum abwandte und selbst die Polizeitruppen sich mit den Massen verbrüderten.

Es verläutet, daß der König noch heute mit seiner Familie Spanien verlassen wird, um in England sein Domizil aufzusuchen.

In der neuen Regierung ist die Sozialdemokratie durch vier Persönlichkeiten vertreten: de los Rios als (Kultur), Caballero (Arbeit), Prieto (Finanzen) und Aldorana (öffentliche Arbeiten). Alle entscheidenden Ministerposten sind in den Händen der Sozialdemokraten.

### Das erste Dekret

Die neue Regierung hat sich im Rathaus versammelt, wo der Führer der Sozialdemokraten, Fernando de los Rios als „Treuhand des Volkes“ ihre Vereidigung entgegengenommen hat. Die erste Kundgebung der Regierung der Republik ist die Anklage, daß sie alle Maßnahmen ergreifen wird, um die Ordnung zu gewährleisten (1) und das Leben der königlichen Familie zu schützen.

Die Truppen verbleiben weisungsgemäß in ihren Kasernen, um jede Verührung mit den politischen Ereignissen zu vermeiden.

### „Zeit gewinnen“

Der neue Ministerpräsident Alcalá Zamora erklärte in einem Interview: „Ich habe telefonisch mit Oberst Macia in Barcelona gesprochen. Man konnte die Jubelrufe der Bevölkerung auf den Straßen und die Rufe „Es lebe Katalanien“, „Es lebe die Republik!“ durchs Telefon vernehmen. Oberst Macia hat bestätigt, daß die Republik in Barcelona proklamiert worden ist. Allerdings ist zu dementieren, daß es sich um eine separatistische katalanische Republik handelt.“

Ministerpräsident Zamora erklärte weiter, daß er Oberst Macia gegenüber betont habe, daß man Zeit gewinnen müsse, um jede Stärkung der Ordnung und jedes Rücktritts zu vermeiden. Alles müsse abgeschlossen sein, bevor die Arbeiter (1) sich etwa veranlassen, die Fabriken zu verlassen.

### Die letzten Willensentschlüsse der Monarchie

(U.) Madrid, 14. April. In den Morgenstunden des Dienstag zog ein großer Demonstrationzug vor das Palais des Ministerpräsidenten. Die Polizei machte in der Begleitung, die

## Sowjetnaphtha im Weltkampf mit Amerika

Parole: „Einholen und Ueberholen“

Aus Anlaß der Durchführung des Fünfjahresplans der Erdölindustrie in zweieinhalb Jahren sind, wie die „Sowjet“ berichtet, in Baku eine Konferenz der Arbeiter und Angestellten statt, die Erfindungen und Neuerungen gemacht haben. Auf dieser Konferenz erklärte der Leiter der „Wpesc“ u. a.: „Im Laufe der 11 Jahre, die hinter uns liegen, hat die Sowjetregierung mehr für die Erdölindustrie getan, als die Robels, Manafschens, Alafonows und die ganze Kompanie der ehemaligen Besitzer allesamt in 50 Jahren geschafft haben. Eine Reihe von wertvollen Erfindungen und Bervollkommnungen haben die gesamte Erdölindustrie von Baku umgestaltet. Wir haben bereits eine ganze Reihe von kapitalistischen Staaten überholt und stehen zur Zeit an zweiter Stelle in der Weltproduktion. Wir stellen uns die Aufgabe, die amerikanische Produktion einzuholen und zu überholen. In vergangenen Jahr sind mehr als 1000 Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt worden, von denen 485 gutbeurteilt worden sind. Diese Vorrichtungen haben eine Ersparnis von 14 Millionen gebracht.“

Bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts war Rußland der größte Erdölproduzent der Welt, dann fiel seine Erdölförderung, während die Vereinigten Staaten von Nordamerika und auch andere amerikanische Staaten ihre Produktion stürmisch ausweiteten. Heute sind Venezuela und Mexiko bereits wieder überholt.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben 1930 zum erstenmal einen Rückgang von 10 Prozent, 1931 ist mit einem weiteren Produktionsrückgang zu rechnen, während die Sowjetnaphthaproduktion in einem Tempo sich entwickelt, wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika es nicht haben.

Demonstranten würden sich gegen die in der Nähe gelegene englische Botschaft wenden, in der sich angeblich der König aufhielt, von der Schußwaffe Gebrauch, wobei fünf Personen schwer und zahlreiche leicht verletzt wurden.

Auch in Valencia und Cordoba fanden Kundgebungen statt, bei denen es zu Zusammenstößen und Verletzungen kam.

Ein in den frühen Morgenstunden aus Madrid abgegangenes Reuter-Telegramm besagt: In einigen Teilen der Stadt sind die Polizisten angewiesen worden, keinen Gebrauch von der Waffe zu machen. Sie verbrüdern sich mit der Menschenmenge, die Hochrufe auf die Republik ausbringt.

Durch den Sturz der Monarchie tritt die Entfaltung der politischen Krise in Spanien in eine neue Phase. Die Klassenfronten treten sich mit aller Schärfe entgegen.

Das mittelalterliche Gebäude der Monarchie ist zusammengebrochen. Die parasitären Schichten der herrschenden Klassen Spaniens, auf die sich das monarchistische Regime stützte, hat die ökonomische Krise politisch so geschwächt, daß sie das moriche Gebäude der Monarchie aus dem Mitteln der schicksalhaften Diktatur nicht mehr zu halten vermochte. Die Multimillionäre von Barcelona und Valencia, die sich als Republikaner

brapierten, weil sie von der Monarchie zugunsten der feudalen Großgrundbesitzer und des kirchlichen Großgrundbesitzes benachteiligt wurden, treten die Macht an.

Diese Ereignisse vollziehen sich in einem Augenblick, wo die Weltwirtschaftskrise alle kapitalistischen Länder ergreifen hat und in dem industriell rückständigen Spanien mit um so größerer Schärfe wirkt. Der Klassenkampf bricht sich in förmlichem Tempo zu. In demselben Maße werden auch die letzten republikanisch-demokratischen Illusionen der Massen wie Seifenblasen plagen.

Der Sturz der Monarchie hat das Terrain des Klassenkampfes in Spanien von allen Seiten gemehrt. Klar und scharf treten sich die feindlichen Klassenfronten gegenüber. Eine neue Phase des Klassenkampfes hebt an.

Die Massen, die am Sonntag ihre Stimmen für die republikanischen Listen abgegeben haben, wollten damit nicht etwa den Schanfer ... Gestalten des burgeois-republikanischen Lagers ein Vertrauensvotum ausstellen. Die Massen waren ein Ausdruck des Protestes gegen die schicksalhafte Diktatur, eine Kampfansage gegen die gesamte Reaktion, einschließlich der republikanischen Legitimität und Metallfabrikanten von Barcelona.

Die letzten Ereignisse können die politische Krise in Spanien nur verschärfen. In dieser Situation sollen die Sozialdemokraten in der neuen Regierung den Damm bilden, an dem sich die Bogen der Massenbewegung brechen sollen. Die Zukunft wird zeigen, daß die Massen, entsprechend der Entwidlung in den übrigen kapitalistischen Ländern Europas, nur um so schneller sich von dem Einfluß des Sozialfaschismus befreien und sich unter dem roten Banner des Kommunismus zusammenschließen werden für den Kampf um die Arbeiter- und Bauernregierung.

# Baku—Berlin

### Die Bakuer Naphtha-Arbeiter beschließen als Antwort auf die „Vorwärts“-Lügen und zu Ehren der „Roten Fahne“ 50 000 Tonnen Naphtha mehr zu gewinnen

Die Zeitung „Wpesc“ („Der Bohrturm“) sandte der Redaktion der „Roten Fahne“ folgendes Telegramm: „Wir verfolgen aufmerksam einen heldenhaften Kampf für Sowjetdeutschland, für die Stärkung der Kampftruppen der kommunistischen Partei. Um Namen der hunderttausend Proletarier von Baku werden wir euch unsern kommenden kollektiven Gruß, wünschen euch guten Erfolg zur Gewinnung von 50 000 Tonnen Naphtha mehr als den neuen Mitgliedern der Partei. Trotz der schicksalhaften politischen Ereignisse, um den hohen Verlustungen des „Bomardier“ gegen den Sieg der Bakuer Arbeiter zu antworten, haben die Bakuer Proletarier beschlossen, noch 50 000 Tonnen Naphtha mehr zu gewinnen. Das ist unser neuer Plan zu Ehren der „Roten Fahne“.“

Gegenisiert Verbindung von Berliner Betrieben mit Baku!“ Die Redaktion und die Angestellten der „Roten Fahne“ beschließen, der besten Stoßbrigade des neuen sozialistischen Wettbewerbs im Bakuer Erdölgebiet als Zeichen der brüderlichen Verbundenheit eine rote Fahne zu übersenden.

## Die englischen Arbeiter rücken zum Kampf

### Die erste Chartre-Konferenz in London

London, 14. April. Am Sonntag fand in London die Chartre-Konferenz statt. Sie bedeutet einen großen Fortschritt in der Mobilisierung der Arbeiterschaft. 788 Delegierte nahmen an der Konferenz teil; 213 aus der Provinz; 148 waren von Gewerkschaftsorganisationen, 12 von Genossenschaftsgilden, 37 unmittelbar aus den Betrieben, 142 von Erwerbslosenvereinen delegiert worden.

In seinem Referat zur Begründung der Hauptresolution sagte Genosse Politt: „Das Ziel ist die Schaffung einer organisierten Basis für die Gegenoffensive der Arbeiterklasse. Wir haben nicht nur das Chartre-Programm zu popularisieren, sondern wir müssen Hunderttausende neuer Rekruten sichern, um die Oppositionsbewegung zu verstärken, um die Führung des Kampfes der Arbeiterklasse in unsere Hände zu nehmen.“

Die Konferenz nahm mit Begeisterung die Nachricht auf, daß die Arbeiter des Bergwerkes Miffin in Akin, Bezirk Gize, die am Freitag für ein Lohnminimum in den Streik getreten waren, ihren Kampf siegreich beendet haben. Die Unternehmer mußten am Sonnabend kapitulieren. Infolge dieses Sieges sind viele neue Mitglieder dem revolutionären Bergarbeiterverband Sozialismus in dieser Gegend beigetreten.

## Revolutionäre Bauernbrotdiktüre beschlagnahmt

Auf Veranlassung des sozialdemokratischen Berliner Polizeipräsidenten wurde die Beschlagnahme der Bauernbrotdiktüre „Europas wertigste Bauern schreiben zur revolutionären Tat“ durchgeführt. Die Brotdiktüre enthält die Beschlüsse der im Dezember 1930 stattgefundenen Konferenz des Europäischen Bauernkomitees. Gegen den Herausgeber, Genossen Harry Richter, ist ein Strafverfahren eingeleitet wegen Aufruf zur Revolution zum Klassenhass und Aufforderung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt sowie wegen Aufforderung zum Steuerstreik.

Das Anwachsen der revolutionären Bauernbewegung glauben die Herren Sozialdemokraten und ihre kapitalistischen Auftraggeber durch solche Maßnahmen wie die Unterdrückung der revolutionären Bauernliteratur aufhalten zu können. Aber um so entschlossener wird auch die wertigste Bauernschaft auf dem Wege des Kampfes gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung, gegen den schicksalhaften Terror vorwärtszueilen.

## Streikverbot!

Essen, 14. April. Die Schwerindustrie vollstreckte die „Dortmunder Zeitung“ schreibt in ihrem mit der Ueber-schrift „Die AGD“ versehenen Epigramm, folgendes:

„Die AGD läßt durch ihre Agenten, sowie durch die kommunistische Presse die Bauarbeiter zum Streik gehen. Die Reichsregierung wird es sich überlegen müssen, ob nicht durch eine neue Notverordnung gerade so wie im Herbst 1923, Streiks verboten werden müssen, zumal die Schlichtungsordnung genügend Mittel bietet, jeden Lohnkampf zu verhindern (1). Lebensfalls kann die AGD durch ihre Streikfälle die soziale und die politische Ordnung viel härter erschüttern, als dies radikale Umtriebe aller Art fertigbringen. Wenn es sich um eine Notzeit ist, die außerordentlich Maßnahmen rechtfertigt, so gehört das Streikverbot zu diesen Maßnahmen.“

## Otto Braun, der Mann der kapitalistischen „Ordnung“

### Lautbarme Sportpalastkundgebung der SPD.

„In der „WJZ“ ist niemals bestritten worden, daß Dr. h. c. Otto Braun als der beste Mann der Sozialdemokratie gelten muß, und daß er in gefährlichen Zeiten sich am ehesten die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Preußen verbienste (1) erworben hat.“ Das hat gestern Abend die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das Organ der Schwerindustrie geschrieben. Kein Wunder, wenn er gestern in der Sportpalastkundgebung der SPD gegen das Volksbegehren des Stahlhelms sich alle Mühe gab, die Notverordnung — das Produkt von Brining und Seeger — mit allen Mitteln zu verteidigen. Er mußte sich dabei sogar gegen die Freidenker und gegen die sozialdemokratischen Anhänger wenden, die er ermahnte, die Notverordnung doch zu rezeptieren.

Man hat selten so lebhafte und oberflächliche Referate gehört, wie die gehalten von Otto Braun und Tarnow. Braun bemühte sich, Vergleiche zwischen Preußen nach dem Kriege und jetzt zu ziehen, um dabei festzustellen, daß die Landwirtschaft (soll heißen die Großgrundbesitzer, D. Red.) heute mehr aus Staatsmitteln erhalten wird als früher. Sonst ließ er „Witze“ vom Stapel, wie etwa den, daß Preußen doch heute noch preussischer sei als früher, weil er als Diktator doch an der Spitze stände.

Tarnow beschwor „die gesamte deutsche Arbeiterklasse“, die preussische „Demokratie“ zu schützen. Er schien sich aber doch bei diesen Ausführungen nicht besonders sicher zu fühlen, denn er wiederholte diese Beschwörungen mehr als häufig.

## Deutsche Arbeiterdelegierte am 1. Mai in der Sowjetunion

Der Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion hat sich bekanntlich an die Arbeiterklasse und an alle Fertigen Deutschlands mit der Einladung gewandt, eine Delegation wertvoller Männer und Frauen nach der Sowjetunion zu entsenden, die am 1. Mai am Weltkampf des Proletariats im Lande des sozialistischen Aufbaues teilnimmt und in Verbindung damit die Erzeugnisse des sozialistischen Aufbaues prüfen soll.

Bis zum 1. Mai ist nur noch kurze Zeit, deshalb muß überall, in allen Betriebsversammlungen, in allen Gewerkschaftsversammlungen, in allen Erwerbslosenversammlungen zu den Delegationen Stellung genommen werden.

Es gilt, das ungeheure Riesenangebot zu zerreißen, das von den Kapitalisten und ihren Anhängern, der SPD und der Nazi-Partei, um die Sowjetunion gesponnen wird.

Die Arbeiter im Betrieb und an der Stempelpresse, die Tag für Tag den von der kapitalistischen Ausbeuterordnung erzeugten Elend leben und in ihm leben, sollen durch ihre Delegationen sich davon überzeugen, wie ein Volk, das die Fesseln der kapitalistischen Ausbeuterordnung gesprengt hat, emporsteigt, wie seine Lebensbedingungen sich fortgesetzt bessern.

Die Arbeiter, die Tag für Tag sehen, wie die Industrie — trotz der Höhe der technischen Entwicklung in Deutschland — immer mehr zum Erliegen kommt, allein deshalb, weil sie nach kapitalistischen Grundregeln betrieben wird, sie sollen durch ihre Delegierten sich überzeugen, daß die Industrie unter keinen anderen Bedingungen mehr als unter denen des Aufbaues des Sozialismus sich frei entfalten kann.

Die Arbeiter sollen sich durch ihre Delegierten davon überzeugen, daß die sozialistische Industrie den wertvollsten Reichtum und Freude bringt, während die kapitalistische Industrie für die arbeitenden Massen niemals etwas anderes hatte als Ausbeutung und Not, außerdem noch Arbeitslosigkeit und Hunger.

Die Delegierten werden sich durch eigenen Augenblicken davon überzeugen, daß die Sowjetmacht die einzige Garantie des Friedens ist, weil sie die Wurzel des Krieges, die kapitalistische Ausbeuterordnung beseitigt hat.

Es gilt, das enge Bündnis der Deutschen mit den russischen Proletariatskämpfern zu schmieden. Der 1. Mai, der Kampf-Mai, an dem in der Sowjetunion das herrschende Proletariat zum Sieg führt, ist eine vorzügliche Gelegenheit dazu.

Nehmt überall sofort zu der Delegation Stellung. Leitet sofort Sammlungen für die Finanzierung ein. Wendet euch um nähere Auskunft an das Bezirkskomitee der KPD Halle, Pfännerstraße 2.

## Wird Severing seinen Parteigenossen Sievers verhaften?

In der letzten Nummer des „Freidenker“, des Organs des sozialdemokratischen Freidenkerbundes, schrieb der Vorsitzende dieses Bundes, Max Sievers, einen Artikel, in dem er die Notwendigkeit einer Revision des Verhältnisses zwischen dem Freidenker-Bund und der KPD rief. Am Schluß dieses Artikels fordert Sievers den Reichsausschuss. Zu dieser Stellungnahme des Sozialdemokraten Sievers schreibt der „Deutsche“, Organ des christlichen Arbeitsministers Siegerwald, folgendes: „Man kann gespannt sein, wie die preussische Regierung dieser offenen Aufforderung gegen die Bestimmungen der Notverordnung, Agitation gegen die Kirchen zu treiben, begegnen wird. Nach der Notverordnung mußte Herr Severing das Aprilfest des „Freidenker“ beschlagen und Herrn Sievert verhaften.“

Das ist ja recht nobel! Siegerwald verlangt nicht mehr und nicht weniger von Severing, als daß er seinen Parteigenossen Sievers hinter die Kulisse dieser Republik lockt, weil er zum Streikaustritt auffordert. Nach der Notverordnung nämlich müßten diejenigen, die gegen diese Verordnung verstoßen, mit Gefängnis nicht unter drei Wochen bestraft werden. Aber Severing wird gegen seinen Parteigenossen Sievers bestimmt nichts unternehmen, denn er weiß ja allen gut, daß die „Recht“ des Reformierten Sievers an der Notverordnung lediglich die Einführung der proletarischen Mitglieder des Freidenkerbundes dienen soll.

## Werbt für den „Klassenkampf“

**WALHALLA**  
Morgen letzter Tag!  
Das  
**Musikantenmädels**  
Freitag Premiere  
Der große Operetten-Erfolg  
**Polenblut**  
Musik von Oskar Nedbal  
In der Hauptrolle Mimi Vestu

**Zoologischer Garten**  
Donnerstag, den 16. April, 4 Uhr  
**Nachmittagskonzert**  
der neuen Zoo-Kapelle  
Leitung Paul Burghaus

Besonders preiswerte moderne  
**Küchen**  
Mk. 110.- 150.- 180.- 225.- 275.-  
Entgegenkommen. Zahlungsbedingungen. Transport frei!  
**Bettenhaus**  
**Bruno Paris**  
Kleine Ulrichstr. 2 bis Domplatz 9, 3 Minuten vom Markt

**Stadt-Theater**  
Akte Mittwoch, 20.—23.45 Uhr  
Zambauer von St. Bogner  
Donnerstag, 20.—23.45 Uhr  
Gillibeth von England  
Schubert von Hermann Wendt  
Jahrb. 4. 4. Stomme. Late erbeten

**Auf Kredit!**  
Kinderwagen  
Klappwagen  
Sportwagen  
Erste Fabrikate  
Kleine Anzahlung  
Keine Wucherzinsen  
**Wingler** Leipzig  
Stralbe 17  
Ringweg Sandberg

**Gasthof Indenhof**  
De 1554 837  
empfehl. all. Vereinen seine  
L. u. N. zu gefälligen  
Benutzung

**Sofort Geld**  
erhält, redigewandte  
Lente beim Verkauf  
von **Futtermitteln**  
**Kreuer, Düsseldorf**  
Schliefbach 143  
**Fensterscheiben**  
Wochens, 2 Pfeil, Gt. 5

**DKW Preisabbau DKW**  
200 ccm Volksrad  
statt M. 425.- jetzt M. 395.-  
200 ccm Type Z. 200  
statt M. 543.- jetzt M. 485.-  
**DKW Fabriklager Halle DKW**  
fernru 29267 Martinstraße 11

**Wanzen**  
und Brutvernichtung nur mit  
**Sinnesal**. Geruchlos.  
Garant. Erfolg. Tube 75 Pf. (ergibt 1 Liter). Allein zu haben in der  
Drogerie: C. Kuhn, Gr. Ulrichstr. 51  
**Bottendorf**  
Arbeiter, kauf eure Textilwaren nur bei  
Fa. Herm. Wagner, Inh. Walt. Wagner

**Gute Uhren**  
Modernster Schmuck  
Trauringe  
kauft man billigst bei  
**Amand Weiss**  
Kleinschmidts 6  
gebr. patent. 2 Seiten. ungleich  
pro. Preis von 10 bis 50  
Hauptplatz 11  
**J. Stern**

**Leiderreparaturwerk**  
gebr. patent. 2 Seiten. ungleich  
pro. Preis von 10 bis 50  
Hauptplatz 11  
**J. Stern**

**Rosen**  
Reife bedauernswert.  
Hoch, Mittel u. Halbblüte,  
Bühnen-, Botaniker-, Kletter-  
rosen in bester Qualität.  
**Obstbäume**  
in allen Formen, Weibsbäume, Pleier-  
früher, Hochstämme, Stierens-  
früher, Blühe u. Hochstämme,  
Hobbybäume, Pfingstrosen  
(mit allen Früchten)  
Freiland- oder Winterhart.  
**Polgarnum Auerl.** Das am  
schönsten und reichsten blühende  
gewächs. — feiner Selbstklimmer,  
Stemmelrose, Obst- u. Wilder  
Wein und alle Baumkulturartikel.  
**Otto Brecht**  
Baum- und Rosenschulen  
Halle - GutsMuths, Tel. 217 61  
Hallestraße Linie 8  
(Hudenberg- oder Wörthstraße)

**Fleisch- u. Wurstwaren**  
sowie **Molkereiprodukte**  
empfiehlt  
**Kurt Roehrer, Pouch**  
Zuverlässiger  
**Zeitungsträger**  
für **Papitz**  
sofort gesucht. Meldungen sind  
an den Verleger, Richard Richter,  
Schkeuditz-Str. 12, Dornberg 12

# Die proletarische Kulturfront auf dem Vormarsch

Wertvolle Eingekündnisse des evangelischen Reichsleitersbundes — Die Angst vor dem Bolschewismus

In Bad Harzburg tagt gegenwärtig die Generaterversammlung des „Evangelischen Reichsleitersbundes“. Wie nicht anders zu erwarten, dreht sich die ganze Debatte dieser Versammlung der Brünning- und Hitlergepländerten um das sogenannte „Sozialistenproblem“. Ein Angehöriger der Kirche nach dem anderen erhebt sich, um seine Banalitäten gegen den Kultur Bolschewismus loszu lassen. Kultur Bolschewisten sind nach der Auffassung der reaktionären Kirchenherren alle diejenigen, die sich gegen die Hunger- und Terrorpolitik der Brüning-Regierung wenden. Besonders toben die „Herrschaffen“ natürlich wieder gegen die Sowjetunion. Einer dieser allerhöchsten „Sachbearbeiter“ der „evangelischen Gottesdienstschrift“ hat als eine besondere Kulturleistung die Tatsache angedeutet, daß in der Sowjetunion bereits die Schuljugend zur wirtschaftsplanmäßigen Mitarbeit erogen wurde unter der ausgeprochenen Aufsicht: „Alles für den fünfjährigen Plan“.

Die ständig wachsende Angst vor dem freigelegten proletarischen Kulturkampf und vor dem Annäheren des Kommunismus in Deutschland dokumentierte sich am besten durch folgende Worte eines offiziellen Redners:

„Die Bolschewisierung Deutschlands wird von vielen in ihrem Ernst noch kaum gewürdigt. Sie ist bereits so weit vorgeschritten, daß im Falle eines Generalangriffs die Hälfte des deutschen Volkes dem Gift des Bolschewismus verfallen wäre.“

Ja ja, die „christlichen Verteidiger“ der kapitalistischen Profitwirtschaft zittern um ihre Seelen. Sie haben daher alle ihre Hoffnungen auf Seerungs neuen Kirchenvertrag und die Brüning-Georgens Notverordnungen gesetzt. Vergebens! Vergebens! Der Bolschewismus marschiert!

## Genosse Thälmann Ehrenmitglied des Transportarbeiterverbandes der USSR

Die Nachricht, daß Genosse Thälmann von der Birokratie des Gesamtverbandes aus der Gewerkschaft ausgeschlossen wurde, hat bei der Arbeiterschaft der Sowjetunion die größte Beachtung gefunden. Vom Zentralkomitee des Transportarbeiterverbandes der Sowjetunion erhielt Genosse Thälmann ein Sympathietelegramm, in dem es heißt:

„Zentralkomitee des Transportarbeiterverbandes beehrt sich die Herausforderung der Vertreter der Arbeiterschaft, der Gewerkschaftsbirokraten, mit dem Beschluß in der Sitzung vom 9. April, Dich, unseren unerhörtesten Genossen, Kämpfer für die proletarische Revolution, Führer der deutschen kommunistischen Partei, in unseren Verband einzureihen. Präsidium beschließt Dich auf den Kongress des 38. des allrussischen Transportarbeiterverbandes in Leningrad am 3. Mai als Ehrenmitglied des 38. und Präsidiums vorzuschlagen.“

Die deutsche Arbeiterschaft nimmt mit Freude zur Kenntnis, mit welcher großen Anteilnahme die russischen Arbeiter die Ereignisse in Deutschland verfolgen. Die Antwort der deutschen Arbeiter auf den Aufruf des Genossen Thälmann ist der Walfahrt zum 1. Mai, die Erfüllung des Stürmpfandes der KPD und ein wichtiger Aufmarsch am 1. Mai.

## Der 88. „Kochverräter“

## Genosse Kollwitz zu zweieinhalb Jahren Zerkung verurteilt

Leipzig, 15. April 1931.  
Der IV. Strafsenat des Reichsgerichts hat das Strafmaß für die kommunistische „Hochverräter“ erhöht. Gelesen wurde der Parteisekretär Genosse Hans Kollwitz wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu 2 1/2 Jahren Zerkung verurteilt. Bisher wurde für diese besonders hochverräterische Tätigkeit das Höchstmaß von 1 1/2 Jahren bis 2 Jahren Zerkung im Strafmaß verhängt. Das geringere Urteil beweist aber, daß die Richter des Reichsgerichts auf Grund der Notverordnung diese unangehörlichen Strafen verhängen, und selbstverständlich nur gegen die KPD und die revolutionären Organisationen in dieser Weise „Recht sprechen“.

Genosse Kollwitz ist nun angefallen Mitglied einer sogenannten „Kochverräter“ Verbindung, die, gemeint ist damit, wie das aus der Praxis des IV. Strafsenats hervorgeht, die KPD, Ger-

ner sei der Angeklagte für die Aufrechterhaltung des verbotenen Roten Frontkämpferbundes eingetreten und habe in öffentlichen Versammlungen und durch Verbreitung von Schriften zum Ungehorsam gegen die Gesetz (Demokratieverbot etc.) die Waffen zu Gewalttätigkeiten aufgefordert.

Im Verlaufe des Prozesses kam es wiederholt zu Zusammenstößen zwischen dem Genossen Kollwitz und dem Vorsitzenden des Strafsenats. Wiederholte Drohde der Vorsitzende mit Worterug, was aber vom Genossen Kollwitz nicht beachtet wurde. In seinem Schlusswort legte Genosse Kollwitz, 39 bin Anhänger des proletarischen Aufstandes, ich bin für die Diffamierung des Proletariats. Ich habe nichts zu bereuen und ich unterbreite euch heute noch unsere Kampfliste bis zum Endtag, der einzigen roten, der 3. Internationalen! Es lebe die kommunistische Partei! Es lebe Sowjetrußland! Es lebe die Revolution!

Die Richter des 4. Strafsenats lästeten, nach bevor Genosse Kollwitz zu Ende gesprochen hatte, und nach einer längeren Beratungspause verteilten sie das Urteil auf 2 1/2 Jahre Zerkung unter Anrechnung der Untersuchungszeit.

## Severing verurteilt:

## Straße frei für Kriegervereine

Das Reichsgericht enthält jetzt die Ausführungsbestimmungen über die Notverordnungen des Reichsleitersbundes. In diesen Ausführungsbestimmungen heißt es; nachdem in einem besonderen Maß verurteilt wurde, daß auch Verordnungen von Mitgliedern proletarischer Organisationen polizeilich angeordnet werden dürfen:

„Die hergebrachte Parade der privilegierten (!) Kriegervereine ist einseitig des Reichsleitersbundes mit Aufst von der Verordnungsgeber unter die Bestimmungen des § 1 Abs. 3 der Notverordnung.“

In dem zitierten Paragraphen wird erklärt, daß die Erlaubnis einer Parade durch die Polizei nicht notwendig ist. Also die faschistischen Kriegervereine dürfen ohne Anwesenheit der Polizei auf den Straßen und Plätzen zu ihren speziellen faschistischen Propagandamethoden benutzen.

Severing müßte eigentlich Ehrenmitglied im Reichsleiterbund werden. Vielleicht wird er es auch noch.

## Die „hoffähige“ NSDAP Wenn Nazi-Jeber die Republik beleidigt, erhält er Bewährungsstrafe

(Eig. Bericht) Kassel, den 14. April 1931

Vor dem Kasseler Großen Schöffengericht fand am Montag der staatsanwaltliche Reichstagswahlprozeß statt. Der wegen Vergehens gegen das Republiksgesetz in mehreren Fällen. Der Oberstaatsanwalt hatte entsprechend den Notverordnungen eine Mindeststrafe von fünf Monaten Gefängnis beantragt. Aber das Gericht zeigte eine noch mildere Hand und verurteilte Severing lediglich zu einem Monat Gefängnis mit dem Zusatz, daß eine Strafversetzung auf drei Jahre befristet werde.

Auch in diesem Fall zeigt sich deutlich, daß die Brüning-Georgens Notverordnungen nicht gegen die nationalsozialistischen Mordbeher gemeint waren, sondern lediglich gegen die Kommunisten.

## TheaterkonzerteVorträge

Volksküche. „Alteisen von England“ am 16. für 9; am 23 für 9; am 25. für 6 und am 30. für 3. Eintritt, die Einlagestränge einhalten. Die Dichtung „Kochverräter“ am 22. nachmittags 8 Uhr. Karten erhältlich in der Geschäftsstelle, Arbeiterstraße 14, St. 284 79.

Sozialistischer Garten. Donnerstag, den 16. April, 16 Uhr, Nachmittagskonzert der neuen Zoo-Kapelle. Leitung: Paul Burghaus.

## Wie wird es mit dem Winter?

Donnerstag und Freitag: Zunächst abkühlend, aber West auf sich drehende Winde, vorübergehend heiter, meist aber wolfig und trübe und zeitweise Regen. Später: Aufwindig, auf Nordwest umziehende Winde mit sinkender Temperatur.

# Tag und Nacht

auf dem schnellsten Wege nach unseren  
74 Groß-Vertellungsstellen und von da  
aus in alle Teile des Reiches.

Das ist das Geheimnis der Immer fabrikfrischen

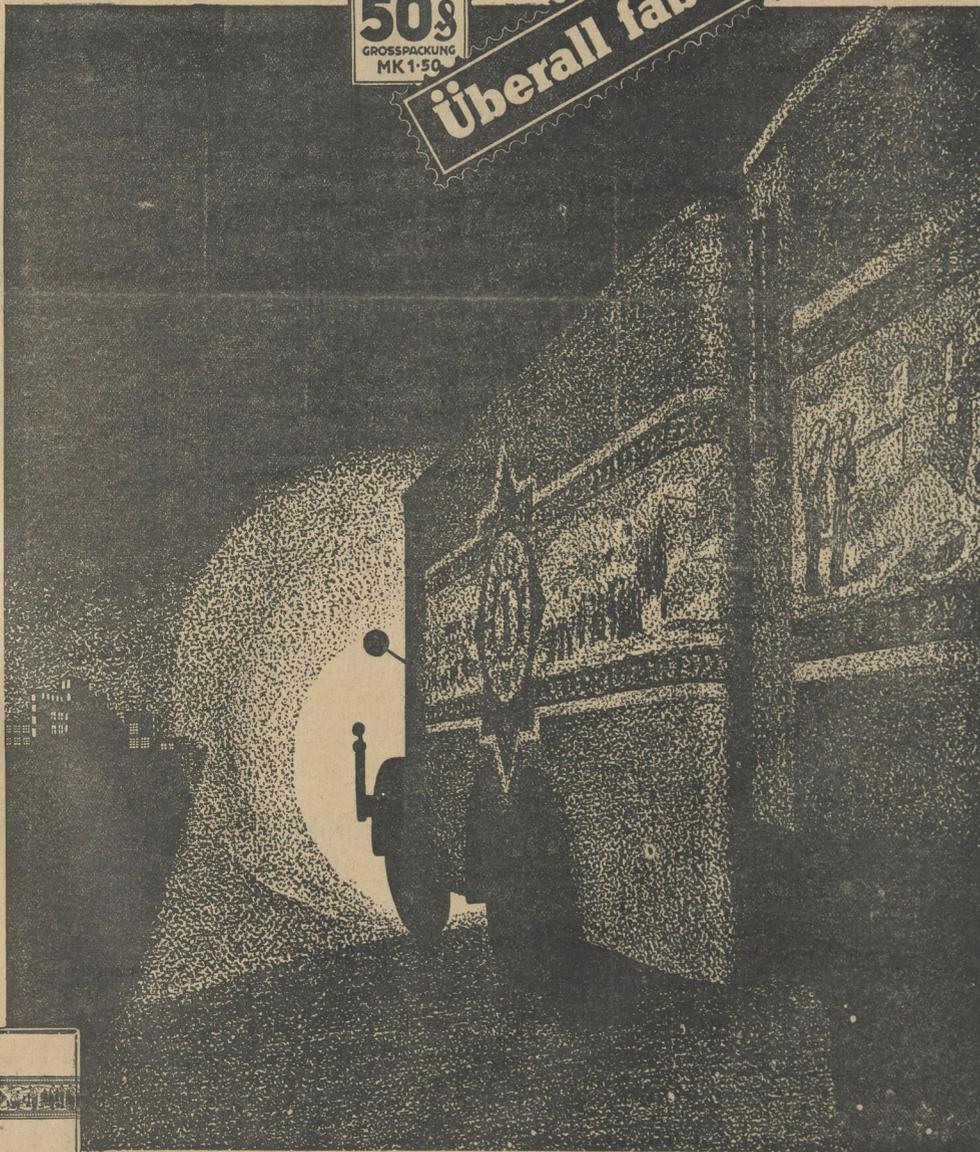
**REEMTSMA  
CIGARETTEN**

# OVA

*Außen-Format*

EINHEITS  
PACKUNG  
**50g**  
GROSSPACKUNG  
MK 1-50

**überall fabrikfrisch!**





# Aus der Arbeit der R.G.O.

Achtung, macht mobil für

## Rote Eisenbahnerwahlen

9. und 10. Mai werden bei der Reichsbahn rote Betriebsräte gewählt - Eisenbahner, rüftet zum Streit gegen Lohnraub und Massenentlassungen

Der Betriebsratsrat bei der RGD Dresden (4. Auswahlsitzung) kam zu seiner letzten Sitzung für die vergangene Wahlperiode zusammen. Die Tagesordnung lautete: Punkt 1: Bestellung des Betriebsratsvorsitzenden; Punkt 2: Bericht über Personalmaßnahmen; Punkt 3: Bericht über Feierlichkeiten.

Zum ersten Punkt begründete Kollege Siegel (RGD) die Forderung, einen Vertreter der Widerberlei in den Betriebsratsrat zu bestellen. Diese Forderung ließ in Anbetracht der vielen Wahlübergriffe und parteiischen Wahlhandlungen des reformistischen Betriebsratsvorsitzenden in der Vergangenheit unbedingt berechtigt. Die reformistischen Betriebsräte wählten jedoch drei Vertreter des GGD, die von jeher den Nachweis der frischen Durchführungen der Anweisungen des Einheitsverbandes erbracht haben (Neutralität der Wahlvorsitzenden). Der Kollege Siegel vertrat nach der Wahl nachfolgende Erklärung und überreichte sie dem Vorsitzenden.

„Die Wahlen zu den Betriebsräten bei der Deutschen Reichsbahn AG haben in den vergangenen Jahren den Beweis erbracht, daß die Wahlvorsitzenden nicht aßenhalten ihr Amt mit der zu verlangenden Neutralität ausüben, wie es von einer solchen überparteilichen Körperlichkeit verlangt wird. Deshalb, die bei vergangenen Wahlen von Seiten der Gewerkschaften zur Beachtung der Wahlvorsitzenden für eine bestimmte Richtung gemacht wurden, hatten auch bestimmte Erfolge. Erinnert sei nur an die Wahl des Jahres 1929, wo auf Anweisung des GGD-Hauptverbandes verschiedene Wahlvorsitzende die Stimmzettel „Revolutionäre Opposition (Einheitsliste der Eisenbahner)“ für ungültig erklärten. Wenn auch im Gegenzug die Stimmzettel für gültig erklärt werden mußten, ist es doch ein Beweis einer starken parteiischen Einstellung einer ganzen Anzahl von Wahlvorsitzenden und auch des Betriebsratsvorsitzenden in der Vergangenheit. Der Hinweis im Amtsblatt, daß Widerberleien in den Wahlvorsitzenden berücksichtigt werden sollen, vermag diesen Zustand nicht zu beseitigen, da eine „Kann“-Bestimmung einfach übergangen wird. Wir erklären deshalb auf Grund vieler in der Vergangenheit vorgekommenen parteiischen Wahlhandlungen, daß die Stimmung und die Willensunterstützung der Wähler nicht objektiv ihren Ausdruck gefunden hat. Daß wir auch deshalb dem vom Betriebsratsrat gegen die Stimmen der Widerberlei gewählten Betriebsratsvorsitzenden kein Vertrauen entgegenbringen.“

Die Vertreter der RGD im Betriebsratsrat bei der RGD Dresden geg. Siegel.“

Der 1. und 2. Vorsitzende, Jausse und Raette, gaben dann einen Bericht über den vergangenen und gegenwärtigen Personalstand bei der RGD Dresden ab. - Bericht über - Feierlichkeiten - Lieberführung ins Zehntelverhältnis, das sind so die Kernfragen aller Personalpolitik. Man muß es den Reformisten lassen, sie haben ein Gesicht, mit einer Wiederkehrerlei und beinahe trübenden Auges ein Sammelgefäß gegen die Gemäßigten der Barmotung anzuschauen - alles Täuschung und Demagogie.

Jausse als Werkstättenvertreter machte die Zukunft der Werkstätten schwarz in schwarz - keine Arbeit - weitere Feierlichkeiten usw. Was er aber nicht aussprach, das waren die Folgererscheinungen - Lohnraub und neue Entlassungen.

Im klaren Worten gestanden die Kollegen Siegel und Barth (RGD) die ganze Barmotungspolitik der Gewerkschaftsbürokratie und ihrer Kataklyse und sie betonten: Die Vertreter der RGD werden niemals ihre Zustimmung zu Feierlichkeiten und sonstigen Ausbeutungsmaßnahmen geben. Ihre ganze Kraft gehört der Unterstützung und Mobilisierung der Belegschaften gegen dieses faule und

morische System des Hungers und des Glubs. Nach dieser Auseinandersetzung glaubte der Betriebsratsratvorsitzende Jausse folgende salomonische Abstimmung vornehmen zu müssen:

„Der dafür ist, daß der Betriebsratsrat mit der Reichsbahndirektion zur Verhinderung von Entlassungen weiter wegen Feierlichkeiten verhandelt und der erhebe eine Forderung!“

Kollege Siegel gab nochmals grundsätzlich vor der Abstimmung die Stellung der RGD bekannt. Keine Feierlichkeiten - kein Personalabbau - Organisierung des Kampfes um die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, das ist die Stellung der RGD. Der anwendende (neugewählte) Betriebsratsrat Delfers (den alten Betriebsratsrat) hat man abgelöst glaubte nun eine altbekannte reformistische Walse abzurollen zu können. Aber mit Recht wies der Kollege Siegel nach, daß ein solches hin- und hergehen der Feierlichkeiten-Anordnung vom 19. Dezember 1930 verlangen die Vertreter der RGD eine Sitzung, um einen Appell an die Eisenbahnproleten zu richten. Damals sprach der Betriebsratsrat den Mitgliedern der RGD: „Wir lehnen ab - mit der tarifbrüchigen Eisenbahnverwaltung zu verhandeln“ - eine Sitzung ist jetzt nicht nötig. Die RGD wollte ja gar keine Verhandlung, sondern eine eindeutige Stellungnahme des Betriebsrats gegen die Feierlichkeiten, dem ist man aber ausgehungen! Also noch gestern keine Verhandlungen mit der „tarifbrüchigen“ Reichsbahn - und heute Verhandlung mit der selben!“

Die Reformisten müssen sich zur Betriebsratswahl mit solchen Maßnahmen arbeiten - sie werden föhren. Die RGD ist für Entlassungen! Aber die Herrschaften irren sich - kein Mensch lehnt ihnen noch Glauben. - Zum Schluß der Sitzung offenbarten die Menschen ihre grenzenlose Dummheit und Engstirnigkeit im vollsten Ausmaße. Sie hatten scheinbar nochmals die Erklärung der RGD zur Wahl des Betriebsratsvorsitzenden durchgesehen und erklärten:

„Die Widerberlei hat keinen Vorschlag gemacht oder Antrag zum Betriebsratsvorsitzenden gestellt, sondern der Vertreter des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes hat sich bei der Wahl der Stimme enthalten, die RGD ist keine Widerberlei im Betriebsratsrat, weil sie nicht Partei ist, das ist nur der WZV. - Das sollte man nur feststellen, weil sonst die RGD bei der Wahl damit freiben gehen mochte.“

Schaffendes Gefährter läßt bei der RGD die riesengroße Dummheit und Unkenntnis der dreimal schlaun Reformisten aus. Dem Delfers war die Sache selbst zu dumm. Nun, die Herrschaften sollen das Betriebsratsgesetz und auch die Wahlordnung durchlesen. Vielleicht begreifen sie dann, was nach einer öffentlichen geistlichen Wahlhandlung eine Widerberlei ist.

Die Eisenbahnproleten sollen aus allem erkennen, daß am 9. und 10. Mai ihre Stimmen nur der Revolutionären Gewerkschaftsopposition gehören.

## Thetener Bergstumpels marschieren mit der RGD

Massenstreik am 1. Mai beschlossen - Delegierten zur Bezirkskonferenz am 19. April gewählt

In einer öffentlichen Bergarbeiter- und Knappschicht-Berater-Verammlung in Thetien sprach der Genosse Otto Schlag vom Lohn- und Rentenraub. Im Saal hatte der sozialfaschistische Amtsvorsteher Lugenhain zwei Landjäger postiert. Ausgeriffet mit Notverordnung und Stenogrammbuch wurde vor der Verammlung der Name des Referenten festgehalten. Einer der Landjäger nahm das ganze Referat stenographisch auf!

Genosse Schlag behandelte neben dem Lohnraub und dem Betrat an den Bergarbeitern die Notverordnung, die nur gegen die revolutionäre Arbeiterkraft angewendet wird. Nach Schluß des Referates kam der Landjäger zum Genossen Schlag und erklärte: „Wenn Sie noch einmal zu der Regierung Brüning Hungerregierung sagen, dann werde ich sofort die Verammlung auflösen lassen.“

Der „linke“ Sozialfaschist Sauppe schrieb oorige Wöde im „Zeiger Wollboten“ etwas über die Auslegung der Notverordnung und empfiehlt den SPD-Arbeitern, nicht nur politische Verammlungen anzumelden, sondern, um nicht in Konflikt mit den Instanzen zu kommen, empfehle es sich, alle Verammlungen, also auch die Mit-

## Verstärkt die Werbung in den Betrieben!

glebervsammlungen usw. anzumelden (!). Die Arbeiterkraft muß hieran erkennen, daß es gerade die „linken“ Sozialdemokraten sind, die nach der Fideletheube rufen, die Verammlungen überwandern soll!

Im Schlußwort behandelte der Referent nochmals alle Maßnahmen, die gegen die Arbeiterkraft von der faschistischen Brüning-Regierung gegen die Arbeiterkraft angewandt werden. Er betonte, daß gegen die Massenverelendung nur der verstärkte Kampf und der Massenstreik der Arbeiterkraft hilft. Nachfolgende Ausführungen wurde einstimmig angenommen:

Die in Thetien tagende Bergarbeiter- und Knappschicht-invaliden-Verammlung nimmt Stellung zu den Notverordnungen und zu dem Lohn- und Knappschichtrentenraub, der mit Hilfe der christlichen und sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie an der Arbeiterkraft durchgeführt wird. Die Verammlungen erkennen, daß der Lohnrauboffensive entgegenzusetzen werden muß die Gegenoffensive der Arbeiterkraft unter Führung einer starken RGD und der roten Einheitsverbände. Von der reformistischen, gelben und christlichen Gewerkschaftsbürokratie ist infolge ihres jahrelangen Betrugs nichts weiter zu erwarten als neuer Betrat. Auf Grund dessen begrüßt die Verammlung die Beschlässe der ersten Bezirkskonferenz des Einheitsverbandes der Bergarbeiter Deutschlands und die Einberufung eines roten Verbandstages nach dem Ruhegebiet am 2. und 3. Mai. Sie ruff die Arbeiterkraft auf, am 1. Mai unter Führung der RGD den 1. Mai als Kampftag durch Massenstreik in allen Betrieben zu begehen. Die Verammlung wählt einen Delegierten zur Bezirkskonferenz der Bergarbeiter am 19. April. Alles für den Sturmpfad der RGD als Massenbasis für den roten Bergarbeiterverband in Mitteldeutschland.“

## Stellt die Streikbrecher an den Pranger

M.A. Der Streik der Bauarbeiter tritt in ein verführtes Stadium durch die Verbindlichkeitsklärung des Berliner Schiedsrichters. Die große Bauarbeiterverammlung am Freitag im „St. Nikolaus“ hat beschlossen, den Streik verführt weiterzuführen. Alle Kollegen sind informiert von diesem Beschluß.

Wer jetzt noch arbeitet, verrät den Streikbrecherarbeit unter den Proleten des Großdeutschen VDB.

Wir veröffentlichen darum folgende Namen der Streikbrecher: Albert Schmidt, Hausbesitzer (der hat es besonders nötig, den Streikbrecher zu machen. Der Ber.), Otto Frenzel, Willi Döhne. Alle drei Streikbrecher sind von Hülberg (!), Maurer Franz Zimmermann von Marx, Maurer Albert, Albert Schmidt von Oppin, Arbeiter Kurt Bärwald, Halle, Ludwigstraße, beschäftigt bei der Firma Franz Walter, Willi Lehmann, Firma Postle, Zellenstraße. Auf Baustelle Schröter, Reilstraße, sind folgende Streikbrecher vorhanden: K. Martins, D. Brümme, Jaäel, Bertram und noch einige ländliche Streikbrecher, von denen die Namen noch nicht feststehen.

Bei der Firma Reichardt waren am Montag morgen Kollegen der Streikleitung, um die Belegschaft über die Weiterführung des Streikes zu informieren. Der Kollege Frenzel vertrat den Delegierten, die Baustelle zu betreten mit der Bemerkung, daß sie hier nichts zu sagen haben“ und er auf der Baustelle maßgebend sei. Der Kollege Frenzel leitete also den Streikbrechern vorwärts. Wird sich der Kollege Frenzel, von dem Mitglieder mit im Streik stehen, mit dem Mann beschäftigen? Bei der Auseinandersetzung kam der Herr Baumeister Reichardt selbst mit seinem Schiedsgericht hinzu. Alle drei betrogen sich wie die Lohndrücker und wollten die Kollegen der Streikleitung „in die Freile schlagen!“ Reichardts Schiedsgericht drohte mit der Kollege!

Auf den Baustellen der Friedrich-Ebert-Straße kam heute morgen Böhler, die sich wohlwollend nach den Streikbrechern erkundigte. Kollegen, spricht mit den Arbeitenden energischer und sorgt dafür, daß die Baustellen Streikbrecherfrei sind!

## Sturmtage! Erfüllt den Sturmpfad der RGD

### Beitrittserklärung zur RGD

Der Unterzeichnete erklärt hiermit seinen Beitritt zur RGD

Vor- u. Zuname .....

Wohnort u. Wohnung .....

Geboren am ..... in .....

Beruf .....

Betrieb .....

Verbandszugehörigkeit .....

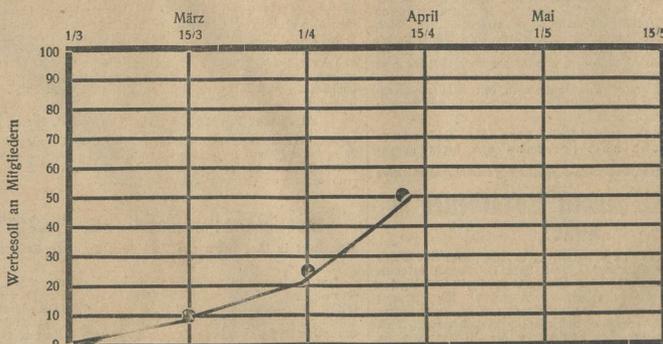
## Im revolutionären Wettbewerb

# Aluminium Bitterfeld marschiert an der Spitze

Erfüllt im Sturmtempo den Sturmpfad

Nachstehende Kurve zeigt die glänzende Entwicklung der RGD-Mitgliedsbewegung im Aluminiumwerk Bitterfeld. Die Genossen der RGD-Gruppe sind die einzigen in der Chemie, die schon vor dem 15. April 60 Prozent ihres Werbestells überschritten haben. Die anderen Belegschaften müssen sich hinter dieser Höhe

vorrugenden Arbeit der Aluminiumgenossen, die erst seit vier Wochen ist, nach keine sechs Wochen an. Hier zeigt sich, was früher Wille und Begeisterung zu schaffen vermag. Hier ist wirklich Sturmtempo für den Sturmpfad.



Die übrigen Chemiefabrikbetriebe trieben zum Teil im Schnecken-tempo hinter dieser Entwicklung her. Wo bleibt Leuna, Zinn, Berlin, GVG, Eisenberg, Gummi, Sidiost und Kelag? Wo ist ihr euch von den jungen Genossen im Aluminiumwerk beschämen und schlagen lassen? Wo sind eure Stoßfragen? Wo sind eure Erfolge? - Also angepaßt und im Sturmtempo euer Soll er-

füllt. Der 15. April, der Stichtag zur ersten Überprüfung der Arbeit ist da!

Macht den Aluminiumgenossen nach, laßt euch nicht in die Panne haufen!

Industriegruppenleitung Chemie



Mittwoch, den 15. April 1931.

### Paul und Emil vor der Plafatäule

Du, Paul, merkte was?  
Ne.  
Merkte immer noch nicht?  
Ne, was is denn los?  
Menschenkind, dann guck doch mal genau hin, dann mußt'n doch sehn  
Ich sehe niemand.  
Ei, der Mensch sieht den alten Frigen nich. Sache mal, wo hast du denn deine Schulbildung geflossen. Den alten Frigen mit dem Krüdfuß, den mußt' doch nach von der Schule her gem? Weißt'hamen doch wieder an die Plafatäule getretter. Siehste nich, wie der mit sein Knüttel in dem Hause dort rumtöschert?

Das konntest doch gleich sehn, Emil, daß de den alten Knochen meinst. Denn dielecht, daß ich mir an jede ausrangierte Schiffsbubenfigur erinner? Der alte Frige is irigens dob, der kann uns nicht mehr zu freien sein.  
Über bitte, deine Majestätbeobachtung. Der Geist von alten Frigen soll doch in den Landtag einfließen. Deswegen machen doch die Stahthelmer und Nazis ein Volksbegehren. Guck nur, wie der alte Knopp mit sein Krüdfuß domknagt mächtig und die Minister und Abgeordneten wie Karnikel auseinanderstieben.

Ich so, deswegen hamst den alten Knopf da dran gesetzt, damit die Seide zum Volksbegehren sein kann. Na, mit soll'n je mal den Budeel runterfassen. Den Schwindel kann mer schon.  
Natürlich is das ein Schwindel, Paul. Uns kann kein Nazi uff die Schippe fassen un so'n biehener Stahthelmopp erischt recht nich. Aber trotzdem jibt's noch manchen Proleten, der sich von solchen nationalsozialistischen Pödel einfangen läßt und sich in den ihre Lüste einzeichnet.

Ich kann das nich begreifen, daß es noch solche dummen Proleten sehn soll. Daß die Schiffshelmer- und Nazisbrüder bloß an die Futtertrippe wollen, is doch klar wie Rotzbrühe.  
Brau isprochden, Paul. Die wollen in Preißen Ordnung schaffen. Als ob die SPD-Minister sich schon jenügend für „Ordnung“ sefort' hänt. Braun und Seering wissen schon, was sie ihren kapitalistischen Feinden schuld' sin. Seering, der Mann, der den Nazis verboten hat und das Republikanengesetz geschaffen — den besten Minister kann sich die Kapitalistenklasse nich wünschen. Braun is der Macher des Kontrats. Nu soll'n an deren Schiffe Nazis und Schiffshelmer an das Ruder. Was sich da ändern soll, mächt'g werlich wissen.

Hendern mächt' sich ischer schon was, ferner Emil. Bieleicht sollst' du dem Zimmittüppel der Krüdfuß von alten Frigen die Erwerbslosen zur Käse bringen. Ich hamme jedenfalls das Gefühl: ob die oder die an der Türe sin, uns jeh's als Proleten immer an den Kragen. Die Futtertrippengerdum Schahthelmer und Haten'zeuz wollen ja sich bloß jehnd machen. Sie pfeifen doch schon auf dem letzten Höhe.

Wo, Paul, mit sin im Bilde. Bloß die andern müssen wir noch immer den Schwindel aufführen. Da mis'mer aber gleich damit anfangen! Mach's jüt, Kumpel. Nich Schiffshelmer, nich Nazi und och nich die Sozialfaschisten.  
Wir marschieren in der SPD und das Faschistenpad wern wir schon noch feiertreden!

### Ein Kontrollleur darf auch höflich sein

H. A. Der Kontrollleur Sch. glaubt anscheinend seine „Tüchtigkeit“ dadurch beweisen zu müssen, indem er das Fahrpersonal der Straßenbahn in unhöflicher Weise anschnauzt. Vor einigen Tagen ging ich abends nach der Saalfeldstraßen. Es wurden gerade die Anhänger der Linie 8 eingeparkt. Ein Mann der Linie 7, der an dieser Stelle halten mußte, war anscheinend etwas zu weit gefahren. Der betreffende Kontrollleur des Leher und den Führer mit den Worten anredend: „Na, wenn Sie nicht geschlafen hätten, müßten Sie richtig gehalten haben!“ war das Werk weniger Sekunden. Der Führer fuhr den Wagen etwas zurück, ohne ein Wort zu sagen. Die Passanten und Fahrgäste, die diesem Vorfall zeugten, waren über den Ton des betreffenden Kontrollleurs empört. Sie brachten einmütig zum Ausdruck, daß sich ein Kontrollleur als Verkehrsbeamter ruhig eines höflicheren Tones befleißigen könnte. Überdies ist es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die zum Vorgehen zu befehlen. Die Bemerkung, daß der Führer geschlafen haben soll, ist eine direkte Verhöhnung desselben. Der Dienst der Straßenbahnführer ist angelehnt des Zemplos bei der hallischen Straßenbahn ohnehin schon ein schwerer. Schon deshalb sollen die Straßenbahnfahrer Ansporn darauf, als anständige Menschen behandelt zu werden. Die betreffenden Kontrollleure, die da glauben, ihre „Würde“ und ihr Selbstgefühl durch Anrede des Personals beweisen zu müssen, sollten deshalb immer öffentlich angeprangert werden. Ein Fahrgast.

### 1. Bereittheit der Antifa, Halle-Werken

Die erste Bereittheit der Antifa Halle-Werken hat sich in der Sitzung vom 10. April bis 1. Mai folgende Aufgaben gestellt.

- 1. Aufbau einer Ortsgruppe im Bezirk;
- 2. jeder junge Antifaschist wird ein neues Mitglied;
- 3. 150 Massenbesprechungen werden auf dem Lande vertrieben.

Das Ziel wird erreicht werden, wenn alle jungen Antifaschisten ihre revolutionäre Pflicht erfüllen. Welche Bereittheit tritt mit uns in den Weltkrieger? Wir kämpfen gegen den Faschismus für die Befreiung der Arbeiterklasse!

### Genosse Otto Wilsdorf

Nach am 12. April im Alter von 84 Jahren. Otto Wilsdorf war seit 40 Jahren politisch organisiert. Er war einer der ersten Genossen, die unter dem Sozialistengesetz gefangen wurden. Die Einbürgerung fand am Donnerstag 14.30 Uhr auf dem Gertrudenfriedhof statt. SPD, Stadtteil Norden.

### Mitgliederverein

Am 11. April, gegen 2.30 Uhr, wurde in ein Geschäftshaus am Rannischen Platz eingeladen. Der Leiter wurde von dem gegenüberliegenden Grundstück aus beobachtet. Beim Eintreffen des Überfallkommandos war er bereits geflüchtet. Ein Wächter der umliegenden Straßen war ohne Erfolg. Geflüchten wurde nichts.

### Die „Sorgen“ der Stadt Halle:

## Massenausplünderung — Polizei und Flughafen

### Glänzender Verkauf der Massenverlammlung der SPD-Stadterordnetenfraktion im Zoo — Generalabrechnung mit der Hungerpolitik des Räte-Magistrats — Die Gegner inessen

Die gefrige von der kommunalistischen Stadterordnetenfraktion einberufene öffentliche Versammlung und Aussprache über den Etat der Stadt Halle war ein glänzender Erfolg. Der Saal des „Zoo“ war fast bis auf den letzten Platz gefüllt. Zahlreiche Kleinvereine und Angehörige der freien Berufe waren erschienen und hielten sich die Ausführungen der kommunalistischen Redner mit gespannter Aufmerksamkeit an. Nur die Kommunisten können es wagen, die Entlohnungen und die Stellung der Parteien zum Etat öffentlich, vor der Einwohnerschaft, zur Beratung zu stellen. Weder die verantwortlichen Herren des Magistrats noch die Vertreter der frei arbeitenden Fraktionen (Nazi, Bürgerblock, SPD) brachten den Mut auf, ihren Etat zu verteidigen bzw. ihre Haltung im Stadtparlament zu rechtfertigen. Sie hätten der Aufforderung der Kommunisten, in dieser Versammlung zu erscheinen und zu sprechen, nicht Folge geleistet. So wurde die Verlammlung zu einer Generalabrechnung mit dem Bürgerblock der SPD und den Nazis und zu einer wichtigen Kampfanlage an den Räte-Magistrat und seine Hungerpolitik!

Als erster Redner sprach der Fraktionsführer der SPD-Fraktion, Genosse Behne:

### Das Keiferat des Genossen Behne

Zu Beginn der diesjährigen Etatberatungen in Halle haben die Kommunisten von vornherein erklärt, daß der Magistrat als Beauftragter der hallischen Bourgeoisie den vorgeschlagenen Etat unter allen Umständen durchzusetzen werde, um die Abzahlung aller Lasten auf die Schultern der wertigsten Bevölkerung, reibungslos vornehmen zu können. Mit Hilfe des Bürgerblocks

### Sowjetrußland braucht 1931

2 Millionen Industriearbeiter mehr. — Der Fünfjahresplan liegt.

### In Deutschland fordern die Unternehmer

mehr Zwangsarbeit und Lohnpausen. — Bauarbeiter und Landarbeiter im Streik!

### Wir rufen!

### Oeffentliche Versammlungen

am Freitag, dem 17. April, 10 Uhr, im „Wintergarten“ und im „Gesellschaftshaus“. — Es sprechen

Freih. Hedert, W. D. R., Berlin, Reichsführer der KPD

Willy Dolgner, Halle, Bezirksführer der KPD

Eintritt 20 Pfennig. — Freie Aussprache.

KPD Halle, Bezirkskomitee der KPD.

Die Vertrauensleute der Betriebe von Halle.

und der Nazis konnte dieser Etat in der letzten Stadterordnetenversammlung auch verabschiedet werden. Ungeachtet des Zustandekommens eines „ausgesprochenen“ Etats in Halle triumphierte die Bourgeoisie und ihre Kreise. So das „Berliner Tageblatt“ wüßte, diese Tatsache unter dem Motte: „Halle ohne Sorgen.“

Bei der Betrachtung der kommunalistischen Verhältnisse in Halle muß die Frage gestellt werden:

### In welcher Zeit leben wir?

Die gewaltige Wirtschaftskrise hat nicht nur zu einer völligen Zerrüttung der Reichsfinanzen des kapitalistischen Staates, sondern auch in den Kommunen als der kleinsten Zellen dieses Staates zum Zusammenbruch der Finanzen geführt. Die meisten Gemeinden werden riesige Verluste auf die kommunale kapitalistische Bourgeoisie, die in den Wirtschaftskrisen, als die kommunalen Nazis und Finanzkapitalisten, sind dazu übergegangen, alle Maßnahmen zur „Sanierung der Wirtschaft“ mit den Mitteln der offenen Diktatur durchzuführen. Während die Millionen die Dividendenfluß und Finanzgemalthen weitmöglichst geholt werden, ist die Bourgeoisie braut und dran, alle Lasten der Krise — insbesondere durch die Gemeinden — auf die breiten Massen abzumwälzen. Auf der ganzen Linie wird gegenwärtig ein noch nie dagewesener Kampf auf die notleidenden Schichten in Gestalt von Lohnabbau, Steuerdruck und Unterjüngung ab durchgeführt.

### Ein Frontalangriff auf die Lebenshaltung der Arbeiter-

schaft hat eingeleitet.

Die ersprechende Zunahme der Erwerbslosigkeit, das Riesensheer der Ausgepörrten, deren „Verzögerung“ ausschließlich den Kommunen übertragen wurde, ist eine der hauptsächlichsten Ursachen des finanziellen Bankrotts der Gemeinden. Die wachsenden sozialen Lasten haben in vielen Großstädten enorme Zuschüsse hervorgerufen. Die Stadt Halle brachte als eine der „ersten Großstädte in Preußen“ — wie der Magistrat rühmend hervorhob — das „Kunststück“, fertig, einen „ausgesprochenen“ Etat, d. h. einen Etat ohne Forderung anzustellen. Dies konnte in der Weise geschehen, daß die im Etat eingelegte Summe für die sozialen Ausgaben einfach nach dem Stande der Erwerbslosen von 1. Oktober 1930 berechnet wurde. So bringt man einen „balancierenden“ Etat zustande. So täuscht man den Massen „Sorglosigkeit“ vor! Der Etat des hallischen Magistrats ist auf Sumpfboden aufgebaut.

Genosse Behne kennzeichnete dann die Diktaturpolitik der Brüning-Regierung und deren unmä-

gesehite Verschärfung gegen das Proletariat — mit Peter und wohlwollender Unterstützung der Sozialdemokratie, als des Herrn Brüning duldender und getreuer Helfer. Mit faschistischen Methoden werden die sich gegen die immer untragbarer werdenden Lasten wehrenden Massen niedergeschlagen.

Nach in Halle hat die SPD ihre absoluten Bereitwilligkeit zur sofortigen Durchführung der Hungerpolitik gegen die Wertigsten, eben wie sie im Etat des Räte-Magistrats festgelegt ist, zum Ausdruck gebracht. Die Sozialdemokraten erklärten vor der entscheidenden Abstimmung im „Volksblatt“, sich nicht solche „Scherze“ erlauben zu wollen und den Etat abzulehnen. Bei der Abstimmung jedoch stimmte die SPD aus demagogischen Gründen gegen den Etat, weil durch die Haltung der Nazis die Annahme desselben eicher war.

Die Nazis haben sich ebenfalls bedingungslos der Hungerpolitik des Magistrats unterworfen und somit alle Lasten gegen die Wertigsten geschleudert.

Ein geradezu verberberisches und an Schamlosigkeit nicht zu überbietendes Spiel verübte der Bürgerblock gegenüber seinen Wählern. Vor und während der Etatberatungen haben die Kreise des Mittelstandes, des Geschäftsmannes usw. in zahllosen Entschuldigungen und Versprechungen gegen jede weitere Belastung durch neue Steuern usw. protestiert. In der allgemeinen Aussprache über den Etat erklärte Reichsanwalt Hirsch als Fraktionsführer des Bürgerblocks, daß seine Fraktion „unter keinen Umständen“ irgendwelchen neuen Steuern zustimmen werde. Einige Wochen später

stimmte Herr Hirsch samt seiner Fraktion prompt für die Verabschiedung der hallischen Bevölkerung in der Höhe von 700 000 Mark, für die Erhöhung der Regiersteuer auf 150 Prozent, für die Verdoppelung der Biersteuer!

Der Bürgerblockführer Herr Hirsch, genannt der Leuna-Steueranwalt, schrieb in den „Hallischen Nachrichten“, daß viel Mut dazu gehört habe, den Etat der Stadt Halle anzunehmen. Inwieweit die Herren Hirsch und Komitenten haben den schändlichen Mut ausgebracht, den Nazis und Hungersaat anzunehmen.

Wenn, weil der Bürgerblock sich nicht gegenüber den Einwohnern von Halle, sondern gegenüber seinen wahren Auftraggebern, den Finanzkapitalisten, den Leuna-Königen, veranlich fühlte.

Im Interesse der kapitalistischen Finanzbourgeoisie bewilligte der Bürgerblock den Etat, stimmte für den neuen Steuerdruck, für die Erhöhung der Polizeilasten, für die ungeheuerlichen Zuschüsse an die Schulen, für die Vermögensverluste für Theater, Museum, Kunstvereine usw., gegen die Bewilligung der von den Kommunisten geforderten Summen für Wohnungsbau und Straßenausbau, um einem Teil der Arbeitslosen statt Bettehütten Arbeit zu geben.

Alle diese Schandtatzen wurden durchgepeitscht unter einem unerbittlichen Terror der Kommunisten. Nach in Halle wird der Fraktion der Arbeiter durch die Selbstverwaltung nicht aufgehoben, der Staatskommissar, mit dem der Räte-Magistrat bereits gedroht hat, wird die Durchführung des Hungeretats in dem Augenblick vornehmen, wenn die hallischen und sozialistischen Reichsanwälte im Stadtparlament einmütig zustimmen.

Die Kommunisten haben bereits während der Etatberatungen die wertigste Bevölkerung zum Klassenkampf gegen die Hungerpolitik des Räte-Magistrats aufgefordert. Wir rufen auch heute die arbeitenden und notleidenden Massen zum Kampf für die Bewilligung ihres Lebens, des Lebens der Arbeitslosen, der Unterdrückten für die Bewilligung ihrer Forderungen auf Grund in die große Front des revolutionären Proletariats — unter Führung der kommunistischen Partei gegen Faschismus und somit gegen Hunger, Elend und Not für Arbeit, Freiheit und Brot!

Die Ausführungen des Genossen Behne wurden mit fröhlichem Beifall aufgenommen. In der Diskussion sprachen zunächst die Genossen Hirsch und Günther, die das Keiferat in einigen wesentlichen Punkten ergänzten. Genosse Hirsch prangerte vor allem die Dunkelkammerpolitik des Magistrats an. Die Verschleierung der Steuerquellen der Wertigsten durch den Magistrat kennt keine Grenzen.

H. B. für den Flughafen in Schandlich werden heute noch Hunderttausende hausgemoren.

Flughafen, Polizei und Steuersausplünderung, das sind die Sorgenbilder des hallischen Magistrats. Die wertigsten Massen werden brutal ausgeplündert und die Erwerbslosen läßt man verrotten. Lieber die Arbeiterpolitik des Magistrats sprachen Genosse Günther, der parteilose, verarbeitete Arbeiter, der seit 1 1/2 Jahr arbeitslos und jetzt ausgezehrt ist, prangerte die Praxis der „Hilfsloze, Damen“ an. Von 12.50 Mark pro Woche soll er leben, Meier bezahlen usw. Auf die Frage, wie er das fertigbringen solle, hat man ihm auf dem Hülfslozeamt höflich geantwortet: „Ihre Frau kann doch arbeiten!“

Unter fröhlichem Beifall aller Anwesenden erklärte dieser Arbeiter, daß er sich zur revolutionären Front setzeme und er appelliere an die Erwerbslosen, im Kampf um ihre Forderungen aktiver heranzutreten!

Zum Schluß sprach an Stelle des durch wichtige Sitzungen in Berlin verhindertem Genossen Wilhelm Koenen Genosse Karl Gutjahr, Mitglied des Preussischen Staatsrats. Er knüpfte sich vor allem die reaktionäre Politik des hallischen Oberbürgermeisters und verbindlichen Ministers Rine vor. Weiter forderte er alle Anwesenden zum Beschluß der am Freitag im Wintergarten und Gesellschaftshaus stattfindenden öffentlichen Versammlungen auf, in denen u. a. der

Reichsleiter der KPD, Genosse Fritz Hedert, Berlin, spricht. Eine Entschuldigend, die im öffentlichen Teil unter heutigen Umständen abgelehnt ist, gelangte einstimmig zur Annahme. Mit einem Hoch auf die kommunistische Partei wurde die glänzende Verlammlung geschlossen.

### Stadtheater: „Elisabeth von England“

Schauspiel in fünf Akten von Ferdinand Brünner, Spielleitung: Willy Dietrich.

Für heute wollen wir insolge großen Raummanövers nur bemerken, daß die gefrige Aufführung dieses historischen Schauspielers, in welchem Brünner weit in die Geschichte zurückführt, zu einem großen Erfolg des Schauspielereinfundes wurde, an welchem vor allem Anne-Biese Johnson, Willy Dietrich, Günter Böhmer und Fritz Dietrich hervorzuheben beteiligt sind.

Genosse Überallgegend groß ist die Bekantheit der Elisabeth durch Anne-Biese Johnson.

Die Fragen, die in diesem Schauspiel Brünners immerhin von einiger Wichtigkeit für die Arbeiter sind, und die den Inhalt dieses Stückes betreffen, werden wir noch erörtern.

Radfahrer / Billige Freise / Summt-Breden

### An alle streitenden Bauarbeiter in Halle!

Morgen Donnerstag, normittag 10 Uhr, findet eine Versammlung aller Streitenden statt. Lola liwed noch bekanntgegeben. Es ist notwendig auch alle noch unreinigt arbeitenden Kollegen rechtlos in den Streik einzusetzen. Die streikende Streikkontrolle leben Eng auszuüben und sich in die Reihen des roten Einheitsverbandes unverzüglich einzuschreiben. Diese Listen können von der Streikleitung in der „Kette“ oder im Büro der KPD, Wänerhöhe 2, in Empfang genommen werden. Die Kollegen, die sich noch nicht in den Streiklisten registriert haben, müssen sich freitagsmorgens um 10 Uhr in der „Kette“ eintragen lassen.

Verstärkt die Massenstreikposten, haltet die Bauten ununterbrochen unter Kontrolle der Streikposten!

Kämpft bis zum Siege!



# Thälmanns Ruf: Hinein in die RGO!!

Nur unter den Fahnen der RGO. wird die Gewerkschaftseinheit der deutschen Arbeiter wiederhergestellt — Nur die RGO. kann und wird wirkliche freie Gewerkschaften schaffen

Wir veröffentlichen nachstehend das Schreiben des Genossen Thälmann an die Verwaltungsstelle des Gesamtverbandes Hamburg. Das Schreiben ist eine Antwort des Genossen Thälmann auf die Anfechtung seines Ausschlusses aus dem Verband. Der Genosse Thälmann ist 27 Jahre Mitglied der freien Gewerkschaft der Transportarbeiter. Die Red. an die Hamburger Bezirksverwaltung des Gesamtverbandes, Hamburg

In eurem Schreiben vom 18. März 1931 berichtet Ihr über einen Beschluß der Vertreterversammlung der Hamburger Bezirksverwaltung, bei dem Verbandsvorstand einen Ausschlußantrag gegen mich zu stellen. Als Gründe für diesen Ausschlußantrag werden in dem Schreiben angegeben:

1. Du bist uns als Leiter und Vorsitzender der Kommunistischen Partei bekannt.
2. Diese kommunistische Partei hat in einer Veranstaltung im Januar 1931 ihre erste Reichskonferenz der RGO. (freie Rote Gewerkschaftsopposition) für Hafen- und Wassertransportarbeiter gegründet zu dem ausgesprochenen Zweck, die Einheit und Geschlossenheit der freien Gewerkschaften, insbesondere die des Gesamtverbandes, wo auch Du Mitglied bist, zu fördern.

Ihr fordert mich auf, zu diesem Schreiben meine Entgegnung schriftlich mitzuteilen. Ich komme dieser Aufforderung nach, um meine Gründe, die die Gründe der revolutionären Arbeiterschaft sind, darzulegen:

Es ist wahr, daß ich Jahrzehnte der freien Gewerkschaft der Transportarbeiter angehöre.

Genau so wie Tausende meiner Kollegen in diesen Verbänden und Jahntausende in anderen Verbänden, habe ich als Funktionär im Laufe von vielen Jahren für die freien Gewerkschaften gearbeitet, die durch mühselige Arbeit und Opfer von Millionen deutscher Arbeiter groß und stark wurden.

Die deutsche Arbeiterklasse wollte sich in den freien Gewerkschaften einen Schutzwall gegen die Unternehmer, eine Kampforganisation zur Verteidigung ihrer Lebensinteressen schaffen. Sie wollte darüber hinaus, getreu den Lehren von Marx, einen mächtigen Einfluß auf Fortschmierung des gesamten Systems der Lohnsklaverei haben.

Mehr als 60 Jahre deutsche Gewerkschaften und was nun? Diese Frage hämmert schon seit langem in den Köpfen der klassenbewußten Mitglieder der freien Gewerkschaften.

Die Geschichte weiß viele Beispiele, wie fortschrittliche und revolutionäre Organisationen und Einrichtungen in das Gegenteil verandelt wurden. Das trifft auch auf die freien Gewerkschaften in Deutschland zu. Die Gewerkschaften sind aus Organisationen des Klassenkampfes zu Organisationen der Unterwerfung der kapitalistischen Wirtschaft und der kapitalistischen Staatsmacht geworden. Das beweist nicht nur die ständige Praxis der Gewerkschaftsbürokratie, sondern die programmatischen Beschlüsse des Hamburger Gewerkschaftskongresses über die Wirtschaftsdemokratie und des Stockholmer Kongresses der Amsterdamer Internationale über die Notwendigkeit der Unterordnung der Arbeiterinteressen unter die Interessen der kapitalistischen Wirtschaft.

Im Laufe von Jahrzehnten hat sich eine Bürokratie in den Gewerkschaften entwickelt, die die Massenorganisationen des deutschen Proletariats beherrscht und vergewaltigt. Eine Bürokratie, die sich unabhängig vom Willen der breiten Mitgliedschaft fühlt, die ihre gutbezahlten Funktionen für sich lebenslanglich gesichert hat, die mit dem Kapitalismus, mit dem kapitalistischen Staat auf Gedeih und Verderb verbunden ist.

Der deutsche Kapitalismus selbst befindet sich heute im Prozeß seiner Verfallung und Entartung. Das Wort des „kommunistischen Manifestes“, daß die Elitenhalter nicht mehr ihre Klassen auch nur notwendig zu ernähren, ist nun Realität geworden. Nicht nur die über fünf Millionen Erwerbslosen, auch die „Glücklichen“, die noch in den Betrieben stehen, überzeugen sich jeden Tag und jede Stunde vom Bankrott des kapitalistischen Systems. Löhne, die unter den Wiederherstellungskosten der Arbeiterschaft liegen, sind zur Dauererscheinung geworden. Der Arbeiter bekommt einen Lohn, der nicht einmal für das Lebensnotwendige ausreicht. Die ureigenste und elementarste Aufgabe der Gewerkschaften — Kampf für höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen, der Kampf selbst um die Verteidigung der bestehenden miserablen Arbeitsbedingungen — rüllet an den Grundfesten des morschen und verfallenden Kapitalismus.

Der Streikampf wird deshalb in der Periode der allgemeinen Krise des Kapitalismus zur Kampfhandlung gegen das gesamte kapitalistische System. Wer aber gegen das System nicht kämpfen will, der muß auch gegen den wirtschaftlichen Streik sein, der muß zum Streikbrecher aus Bringen werden. Das ist die eiserne Logik der kapitalistischen Entwicklung. Das ist der Weg des deutschen Reformismus.

Es ist überflüssig, hier die streikbrecherische Politik des reformistischen Gewerkschaftsapparates zu schildern. Darüber berichten tagtäglich, tagaus und tagein in den Betrieben, die Gewerkschaftsmitglieder in den Versammlungen.

Wir leben in einer Zeit, wo es keine Zwischenstellungen mehr gibt. Es gibt nur zwei Wege: den Weg des revolutionären Massenkampfes, oder den Weg der Unterstützung des Kapitalismus durch Arbeiterverrat und Streikbruch.

Es gibt nur zwei Auswege: den Ausweg für die hungernden und darbenenden Millionen Arbeiter zum Sozialismus im Kampfe für ein Sowjetdeutschland oder den „Ausweg“ für die Ausbeuter und ihre Lakaien durch den Versuch der Rettung des deutschen Kapitalismus auf Kosten vermehrter Ausbeutung, vervielfachter Auspreßung. Es gibt nur eine klare Entscheidung: Sturz oder Erhaltung des schändlichen Regimes der Ausbeutung eines Menschen durch den anderen. Jeder muß sich in unserer Zeit entscheiden: für die rote Front, oder für die Front der Ausbeuter.

Jetzt verfährt Ihr nach der Methode: „Haltet den Dieb!“, indem Ihr sagt, die revolutionäre Gewerkschaftsopposition gete...



Darum hinein in die RGO.!

Höre die „freien“ Gewerkschaften. Wer hat die freien Gewerkschaften ihres Inhalts als Kampforganisation der Arbeiterklasse beraubt, sie ausgedehnt und sie in Hilfsorgane der Unternehmerorganisationen verwandelt? Die reformistischen Gewerkschaftsführer, die Gewerkschaftsbürokratie, die SPD.

Wer hat die Millionen deutscher Arbeiter in den Jahren des imperialistischen Krieges auch das „Schlachtfeld der Ehre“ geliebt? Wer hat in den Jahren des Weltkrieges den Burgfrieden mit der Bourgeoisie abgeschloßen, sich freiwillig des Streiks entlost, um dem ungeheuren Massenmord auf den Feldern von Frankreich und Rußland nicht zu widerstehen?

Das waren die deutschen Gewerkschaftsführer, die den Kapitalismus vor der proletarischen Revolution beim Novemberumsturz gerettet haben. Das waren die deutschen Gewerkschaftsführer, die in den nachfolgenden Jahren mit allen raffinierten Methoden des Volksbetruges die Arbeiterschaft zurückgehalten haben. Das waren die deutschen Gewerkschaftsführer, die in den letzten 5-6 Jahren die widerwärtige Nationalistierung, die Durchführung ermöglicht haben. Es sind die Gewerkschaftsführer, die jede Kampfbewegung des Proletariats, jeden Versuch der ausgebeuteten Massen, sich gegen ihre Unterdrücker zu erheben, jeden Streik mit aller Brutalität, mit aller Rücksichtslosigkeit bekämpfen.

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition entsetzt als eine Kraft, die den von der Gewerkschaftsbürokratie perfidierten Schutzwall gegen die Ausbeutung wiederherstellt. Aus den Betrieben, aus den Schächten, aus den Baustellen, aus den Gütern steigt eine neue Kraft empor, die sich die Aufgabe stellt, mächtige Organisationen gegen Unternehmertum und Faschismus zu schaffen. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition stellt die besten Traditionen des mehr als hundertjährigen gewerkschaftlichen Klassenkampfes in Deutschland wieder her, sie will und muß — das ist ihre Pflicht gegenüber der deutschen Arbeiterklasse — die von euch gerührte Klassenfront wieder aufbauen.

Die Konferenz der Frauen und Seeleute in Hamburg hatte die Aufgabe, die Kampfbewegung der Arbeiter gegen das Rederkapital herzustellen, nachdem ihr durch organisierten Streikbruch und durch die Polizeibrutalitäten eures Schönfelders die Arbeiterfront geschlagen und dadurch erst den Lohnraub ermöglicht hat.

## Klassengenossinnen! Klassengenossen!

Die Antwort des Genossen Thälmann an den Gesamtverband Verwaltungsstelle Hamburg ist klar und einseitig. Sie kennzeichnet die vörrichterische Politik der Reformisten und zeigt gleichzeitig deren Bankrott auf. Die reformistischen Gewerkschaftsführer haben selbst wiederholt erklärt, daß wegen politischer Überzeugung kein Mitglied aus den Gewerkschaften ausgeschlossen wird. Der Ausschluß des Genossen Thälmann wie all der tausende anderer Arbeiter beweist, daß die Führer der „freien“ Gewerkschaften auf allen Gebieten nur mit dem Mittel der Abgebeten.

Sie sehen die feigende Erbitterung im Proletariat über ihren schändlichen Verrat und machen den Versuch, die Stärkung des Kampfwillens der noch in den reformistischen Gewerkschaften organisierten Arbeiter durch die Ausschüsse revolutionärer Kräfte zu hemmen.

Ihre Politik ist auf den Schutz des Kapitals eingestellt. Die Aufgabe der Reformisten ist, das Proletariat zu entwaffnen.

Darum war die Schaffung des Roten Hafenarbeiterverbandes eine Lebensnotwendigkeit für das kämpfende Hafenproletariat. Nur unter den Fahnen der RGO. wird die Gewerkschaftseinheit der deutschen Arbeiter wieder hergestellt. Nur die RGO. kann und wird wirklich freie Gewerkschaften schaffen.

Ich bekenne mich „schuldig“, Vorsitzender der Kommunistischen Partei Deutschlands zu sein.

Das ist die Partei, die in der letzten Reichstagswahl weit über eine Million Arbeiterstimmen von der Partei des Arbeiterrats, von der SPD. genommen hat. Daß unter diesen Arbeitern nicht wenig freigewerkschaftliche Kollegen waren, darüber seid ihr euch sicherlich im Klaren.

Ich bekenne mich „schuldig“, Vorsitzender der Kommunistischen Partei Deutschlands zu sein, der Partei Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, der Partei der proletarischen Revolution.

Das ist die Partei, die ihre Pflicht gegenüber der Arbeiterklasse niemals für Müßiggang, für Brände im kapitalistischen Staat verkaufen wird. Das ist die Partei, die niemals für Groenens Panzerkreuzer, für Schiele und Treutmann, für Brüning und Stegerwald gestimmt hat.

Ich bekenne mich „schuldig“, als Vorsitzender der Kommunistischen Partei die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition mit allen Kräften unterstützt zu haben.

Ich teile diese „Schuld“ zusammen mit den Hunderttausenden Mitgliedern der Revolutionären Gewerkschaftsopposition. Diese „Schuld“ werden in kurzer Zeit schon Millionen teilen.

Ihr habt die Möglichkeit, mich, der ich Jahrzehnte für den Verband gewirkt habe, auszuscheiden. Habt ihr doch schon Jahntausende klassenbewußte Arbeiter aus den freien Gewerkschaften hinausgeworfen. Jede Demokratie hat ihr mit Füßen getreten, nur noch mit Polizeimethoden könnt ihr eure Herrschaft aufrecht erhalten. Ihr seid aber nicht mehr im Stande, den Drang der deutschen Arbeiterklasse zur Selbstbehaltung, das Streben von Millionen deutscher Arbeiter nach einem menschenwürdigen Leben, den Sturm der proletarischen Kämpfer gegen das Regime der Ausbeutung zurückzuhalten. Am 14. September waren es weit über eine Million proletarischer SPD-Wähler, die für die kommunistische Partei, die für die proletarische Revolution ihre Stimme abgaben. Heute sind es schon neue Millionen — ihr selbst zweifelt nicht mehr daran.

Zielbewußt geht die kommunistische Partei, die Elite der deutschen Arbeiterklasse, der revolutionäre Sturmtrupp des wertigen Deutschlands den Weg der proletarischen Revolution. Neue Millionen scharen sich um die Sturmtruppen der kommunistischen Partei. Mit papierenen Ausschüssen kann man diesen Vormarsch nicht aufhalten. Man kann ihn auch nicht mit Gummitüppeln sozialdemokratischer Polizei und mit Neuchelorden der hitlerischen Schutzbund des Kapitals verzögern.

Wir schreiten vorwärts! Ihr geht zurück! Wir sind die Armee des anbrechenden Morgens. Ihr seid die letzte niedergehende Schutztruppe des Kapitals. Die gewaltige Kraft von Millionen proletarischer Kämpfer wird zusammen mit den Ausbeutern auch euch, ihre Lakaien, wegfeigen.

Das ist es, was ich Euch auf Euer Schreiben vom 18. März 1931 zu „meiner Rechtfertigung“ zu sagen habe.

Hamburg, den 28. März 1931.

Ernst Thälmann.

Der Eintritt von Hunderttausenden Arbeitern, Angestellten in die RGO. muß die Antwort auf die Ausschlußpolitik der Reformisten sein. Gerade im gegenwärtigen Augenblick, wo das Unternehmertum zu verhärteten Schlägen gegen die Existenz der Arbeiterklasse ausholt, muß die einheitliche Front unter Führung der RGO. geschlossen werden.

Die Sturmtage der RGO. vom 15. April bis 1. Mai müssen der revolutionären Gewerkschaftsbewegung eine gewaltige Stärkung bringen.

Der Weg, den der Genosse Thälmann in seinem Antwortschreiben aufgezeigt hat, ist der einzige Ausweg, der allen Werktätigen Rettung bringt.

Darum: Hinein in die RGO., die in engerster Zusammenarbeit mit der SPD. die arbeitende Klasse vom kapitalistischen Joch befreien wird.

Reichskomitee der RGO.





# Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags außer Sonn- und Feiertag. Verkaufspreis: pro Heft monatlich 2,00 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Bezugsstelle: Halle-Merseburger Betriebsvereine (GmbH). Halle, Vertriebsbüro: 14. Fernruf: 210 65 (12 St.), 210 67 (Berl.).  
 Einzelgenusspreis: 15 Pf. für den am Höhe und Spalte; 1 Pf. im Textteil. Postkonten: Kreiskonten des Sozialistischen Arbeitervereins Halle; Kreiskonten: Leipzig 204 71 Halle-Merseburger Betriebsvereine (GmbH). Halle, Vertriebsbüro: 14.

Einzelpreis 15 Pf. Halle, Mittwoch, 15. April 1931 11. Jahrgang Nr. 87

## Die IG-Farben-Industrie der Produktions-Sabotage überführt!

Die Leuna-Kapitalisten mit amerikanischem Gelde gekauft — Einschränkung der Produktion und trotzdem Riesengewinne!

Halle, den 15. April.

Durch die Handelszeitungen geht unter der Überschrift „Leuna-Patente und Farbengewinne“ ein Artikel, der größte Aufmerksamkeit aller Arbeiter, und besonders der Leuna-Arbeiter, verdient. Es handelt sich um die Verträge, die von der IG-Farbenindustrie mit der Standard Oil Co., dem amerikanischen Ölkonzern, abgeschlossen worden sind und in ihren Folgen die großartigste Sabotage in der heimischen Industrie herbeiführen, die sich denken läßt. Diese Verträge haben die Abschaltung der Zusammenarbeit der Standard Oil Co. mit der IG-Farbenindustrie auf Europa zum Gegenstand. Zur Durchführung der Zusammenarbeit ist eine besondere Gesellschaft, die International Hydrogenation Co. gegründet worden. Es handelt sich um die Verfertigung des Hydrierverfahrens der IG-Farbenindustrie, durch das es möglich geworden ist, verflüssigte Kohle, Schieferöl, Kohlenteeer und Rohöl fast hundertprozentig in hochwertige Produkte zu verwandeln.

Aus diesen Verträgen haben die Farbekönige bisher noch keinen Nutzen gezogen, die Aktionäre der IG-Farbenbetriebe — in erster Linie in Leuna-Merz — haben dem Geheimrat Bösch für vor dem Enquete-Ausschuss offen ausgesprochen worden, daß die IG-Farben sich mit der Standard Oil Co. geeinigt habe, „weil es jahrelanger Arbeit bedürftig hätte, um mit Sicherheit zu entscheiden, bis zu welcher Grenze man konkurrenzfähig sein würde. Der finanzielle Aufwand im Kampf gegen die großen Petrochemiegesellschaften wäre unabsehbar gewesen“.

Welches sind die Folgen dieser Einigung für die Kapitalisten der IG-Farbenindustrie, für die Leuna-Könige? Die Farbekapitalisten, die Leuna-Kapitalisten bekommen ihren ungeschämten Profit durch das amerikanische Fraktalkapital, die Standard Oil Co., garantiert. Sie haben nur eine Bedingung zu erfüllen:

die Eigenproduktion an synthetischem Benzin immer mehr in den Hintergrund treten zu lassen.

Was das für die Arbeiter, insbesondere die Leuna-Arbeiter, bedeutet? Immer weitere Betriebsstilllegungen, immer weitere Massenentlassungen, neben den Massenentlassungen infolge der fortschreitenden Rationalisierung in den Betrieben.

Die Leuna-Könige, die IG-Könige, die IG-Könige sind des Verbrechens der Produktions-Sabotage überführt. Sie schränken die Produktion an synthetischem Benzin bis auf ein Minimum ein, damit die Standard Oil ihr Petrochemium auch in Deutschland in größerem Umfang los wird. Sie lassen die Produktionsstätten zum großen Teile ungenutzt. Sie verurteilen die Proleten, die Arbeiter und Angehörigen durch direkten Lohnraub, durch die betrügerische Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich, vor allem aber durch Massenentlassungen zum Hungern.

Diese vom amerikanischen Kapital gekaufte Bande von Verbrechern am deutschen Proletariat und am deutschen Volke sieht, daß die Arbeiter unter dem Banner der revolutionären Gewerkschaftsopposition, der AFD, sich sammeln zum Kampf.

Die Kapitalistenbande und die ihr feile Presse wollen die Welt glauben machen, daß revolutionäre Arbeiter ebenso käuflich wären wie sie selber, daß sie gegen Geld dem proletarischen Vaterland irgendeine Dienste leisten würden. Die unerschrockenen Dinge werden über „Reaktionäre“ in den höchsten Fachwerken der IG zusammengelogen.

In unerschütterter, verlogener Weise werden diese Dinge mit der AFD in Zusammenhang gebracht, um sie bei den Massen in Mißacht zu bringen, nur um Verleumdungen zu schaffen, um den Massen der IG-Arbeiter die Führer im Kampfe gegen die IG-Könige zu nehmen.

Werbegeldiges Bemühen. Die Arbeiter verstehen sehr wohl, und sie sehen es an dem Beispiel der Produktions-Sabotage durch die IG-Farben, daß das kapitalistische Eigentum zu einer Schranke, einer Fessel der Produktion geworden ist. Der Aufbau der sozialistischen Industrie macht riesenhafte Fortschritte allein deshalb, weil diese Schranke niedergelegt, weil diese Fessel gesprengt wurde. Allein deshalb macht insbesondere die sozialistische Delindustrialie gemaltene Fortschritte, allein deshalb war es den Delarbitern möglich, den Fünfjahresplan in 2 1/2 Jahren zu erfüllen.

Die deutschen Arbeiter werden weiterhin mit aller Kraft ihren russischen Vätern beim Aufbau der sozialistischen Industrie helfen. Die deutschen Arbeiter und insbesondere die Chemieproleten werden durch keinerlei Hege sich trennen lassen von ihrer Führer, der

beiden ein Unterschied besteht, so nur der, daß die SPD noch um Vieles knechtischer und schimpflicher sich benimmt.

Während das hallische Magazinet in frecher Weise seine Montagnummer mit der Schlagzeile „Kommunistische Verspionage im Rahmen des Fünfjahresplanes“ überschreibt und im übrigen sich darauf beschränkt, die verlogenen Meldungen der bürgerlichen Nachrichtenbüros abzuhandeln, bekommt das „Klassenkampf“ das ebenfalls über „Kommunistische Verspionage“ ziert, es fertig, von einer schweren Schädigung der deutschen Arbeiterkraft zu schwindeln. Das sozialdemokratische Blatt in Frankfurt am Main wird zitiert:

„So wird den deutschen Arbeitern Arbeit und Brot gestohlen.“ Wir haben heute durch die Feststellung, daß die IG-Farbenkönige sich des gemeinen Verbrechens der Produktions-Sabotage schuldig gemacht haben und weiter schuldig machen, bemerkt, werden deutschen Arbeitern, wer den Chemieproleten Arbeit und Brot nicht. Die kapitalistische Ausbeuterordnung ist es und vor allem ihre ersten Angewiesenen, die IG-Farbenkönige.

Nazis und SPD, das zeigt ihr Gesäusel über die „Verspionage“ und ihr Schweigen über die Verbrechen der IG-Farbenkönige, sind nichts anderes als die lebenden Hüter der kapitalistischen Ausbeuterordnung. Sie sind die Schande über sie! Jeder ehrliche Arbeiter muß ihnen den Rücken kehren, jeder Arbeiter gehört in die rote Klassenfront. Kampf gegen das kapitalistische Ausbeutertum, das für die Arbeiter weiter nichts bedeutet als den Hunger! Kampf für den Sozialismus, der allein den Arbeitern und allen Wertigen Arbeit und Brot geben kann!

Als Antwort auf die unerbürte Hege der Anführer des Finanzkapitals: Chemieproleten, reißt hinein in die AFD, hinein in die SPD! In jedes Arbeiterhaus eure Zeitung, der „Klassenkampf“!



daß die Verwalter teilen. ist, in dem in

aufnehmen gegen vom amerikantischen Hände, die, diesen still legt, die Pro-

Massenentlassung gleich für die be- ist die Parole.

### Arbeitern

angapitals in die vergrößert ist, abdemokraten. ge. Wenn zwischen

## in Spanien gestürzt!

Bürgerlich-sozialdemokratische Koalition — Das erste Dekret: „Ruhe und Ordnung“ — Die Arbeiter verlassen die Betriebe — Massendemonstrationen unter roten Fahnen

Madrid, 14. April. (Eig. Meldung.) König Alfons von Spanien hat heute abend für sich und seine Familie abgedankt. Die offizielle Proklamierung der Republik steht bevor. Die bisherige Regierung des Admirals Ugarte hat einer provisorischen republikanischen Regierung Platz gemacht. Die neue Regierung besteht aus bürgerlichen Republikanern und Sozialdemokraten. Vier Ministerien werden mit sozialdemokratischen Führern besetzt. Die entscheidenden Regierungsposten (Ministerpräsident, Innenministerium, Außenministerium und Kriegsministerium) behält die republikanische Bourgeoisie sich selbst vor. Ministerpräsident der provisorischen Regierung ist der Bourgeoisrepublikaner Alcalá Zamora. Das erste Dekret der neuen Regierung enthält die Ankündigung, daß sie vor keinem Mittel zurückweichen werde, um die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und das Leben der königlichen Familie zu schützen.

Der Sturz der Volkspemprung hat das verfaulte Gebilde der Monarchie in Spanien hinweggefegt. Unter dem Beistand der Räte hat der Prolet der sozialen Fortschritt und des politischen Fortschritts des monarchischen Regimes in beständigem Tempo seinen Endpunkt erreicht. Die Massen, die am letzten Sonntag ihre Stimme für die republikanischen Wägen abgaben, haben dadurch dem herrschenden Regime, das zehn Jahre lang mit den Methoden der militärisch-diktatorischen Diktatur sich behaupten konnte, ein Ultimatum gestellt.

### Neue Streikbeschlüsse zum 1. Mai

Die streikenden Bauarbeiter in Weihenstephan begreifen den Aufbau der hallischen Frontkämpferkonferenz der AFD und der SPD, den 1. Mai durch Massenstreik und Massendemonstrationen gegen Bogarbau und sozialistische Diktatur zu beschließen. Die „roten Tage“ der AFD vom 15. April bis 1. Mai und der Sturmplan der AFD müssen der Auftakt zum Kampfe sein.

Die Streikversammlung der Bauarbeiter wählte mehrere streikende Bauarbeiter in den Kreis-Kampfschiff. Der Streik der Bauarbeiter wird weiter geführt unter Führung der AFD.

Die Kollegen vom Bau treten am 1. Mai, morgens 8 Uhr, im „Tivol“ zur Massendemonstration an.

Der Sozialdemokratie fällt in dieser Situation die Aufgabe zu, den revolutionären Kampfwillen der Massen zu brechen. Die spanische Sozialdemokratie hat in dieser Hinsicht bereits ihre blühenden Erfahrungen. Sie war eine reaktionäre Stütze Primo de Riveras. Sie war in seiner Regierung vertreten. Sie hat sich mitverantwortlich gemacht für die hunderttausend Arbeiter, die revolutionäre Arbeiterkraft. Sie wird auch in der Republik erst recht ihren Traditionen aus den Zeiten Riveras als Ehre machen.

Unter den Bedingungen der wachsenden Krise vollzieht sich in Spanien nach dem Sturz der Monarchie ein gewaltiger Frontwechsel. Die Alternative „Monarchie oder Republik“ enthält ihren wahren Sinn, indem sie sich vermindert in die Kampflösung des revolutionären Proletariats. Nicht mit dem reaktionären Regime der Ausbeutung und des Hungers! Es lebe die Arbeiter- und Bauernregierung!

### Weihenstephaner Bauarbeiter für AFD

(Eig. Meldung.) Weihenstephan, 15. April.

In einer überfüllten Streikversammlung, in der auch viele Kollegen vom HSB amwesend waren, wurden die Ausführungen des AFD-Vertreters mit großem Beifall aufgenommen und in der Diskussion der Führung der AFD das Vertrauen ausgesprochen sowie die Verbreiterung des Kampfes unter allen Umständen beschlossen.